



Universität Potsdam
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Europäische Sicherheitspolitik am Bosphorus –

Perspektiven europäischer Sicherheit bei einem EU-Beitritt oder bei einer privilegierten Partnerschaft der Türkei

Diplomarbeit

Verfasser: Sebastian Marx

1. Einleitung.....	3
2. Theoretische Grundlagen	6
2.1. Der Ordnungsfaktor Europäische Union und Akteurszentrierter Institutionalismus.....	6
2.2. Mögliche Zukunftsszenarien für die EU als sicherheitspolitischer Akteur	10
2.3. Sicherheitspolitische Konzeptionen für und wider eine EU- Vollmitgliedschaft der Türkei.....	12
3. Status quo der GASP/ ESVP und die Einbindung der Türkei	16
3.1. Europäische und amerikanische Sicherheitsmotive	16
3.2. Ziele Europäischer Sicherheitspolitik – Das Solana- Papier, die EU-Verfassung und die ESVP	19
3.3. Die Rolle der Türkei in der euro- transatlantischen Sicherheitsarchitektur.....	24
3.4. Die Türkei als ESVP- Mitglied	26
4. Die Türkei als politischer Akteur	29
4.1. Innenpolitische Konflikte und Sicherheitsinteressen	29
4.1.1. Das innerstaatliche System – wechselnde Machthaber	29
4.1.2. Konfliktfelder in Anatolien	32
4.1.3. Der politische Islam und das Militär	35
4.1.4. Zwischenergebnis.....	41
4.2. Außenpolitische Konflikte und Sicherheitsinteressen.....	42
4.2.1. Die Bedeutung natürlicher Ressourcen - Wasser, Gas und Öl	43
4.2.2. Das Verhältnis der Türkei zu den New Independent States	45
4.2.3. Das Verhältnis der Türkei zu Israel.....	49
4.2.4. Das Verhältnis der Türkei zu Iran	51
4.2.5. Das Verhältnis der Türkei zu Irak	55
4.2.6. Das Verhältnis der Türkei zu Syrien	58
4.2.7. Zwischenergebnis.....	60
4.3. Die Türkei als Modellstaat	61
5. Perspektiven europäischer Sicherheit	62
6. Fazit.....	64
7. Literatur	66
8. Anhang	71

1. Einleitung

Um das Jahr 1839 berichtet *Helmuth von Moltke*, der vom Osmanischen Reich als Militärberater engagiert ist, von der militärischen Macht der Osmanen am Bosphorus, an dessen Meerenge die Türken versuchen die europäischen Staaten davon abzuhalten ihren Fuß auf den asiatischen Kontinent zu setzen.¹

Was vor rund 170 Jahren ein schwelender Konflikt war, hat sich während der letzten Jahrzehnte aus europäischer Sicht zu einer kooperativen Allianz auf der sicherheitspolitischen Ebene gewandelt. Nachdem die Türkei während des Kalten Krieges einer der strategisch wichtigen Staaten in der NATO gegenüber dem Warschauer Pakt gewesen ist, bereitet sie sich rund zwölf Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion darauf vor ein Vollmitglied der Europäischen Union zu werden.

Der jetzige deutsche Außenminister *Fischer* hat für den Beitritt der Türkei zur EU vor allem auch aus sicherheitspolitischen Gründen mit den Worten geworben, dass „die für die Europäische Union entscheidende Sicherheitsfrage in diesem Raum entschieden“² werde. Auch Bundeskanzler *Schröder* hat betont, dass jenseits materieller Interessen für ihn „das strategische und sicherheitspolitische Argument entscheidend“³ sei.

Mit einem Beitritt der Türkei würde sich die EU darauf einstellen den Bosphorus zu überschreiten. Infolgedessen sähe sich die EU mit neuen Herausforderungen auf dem asiatischen Kontinent, dem Nahen und Mittleren Osten konfrontiert, an dessen Grenzen entlang die neuen Außengrenzen der Union verlaufen würden.

Die geostrategische Bedeutung der Türkei für die EU wird von allen Parteien anerkannt und eine verstärkte Zusammenarbeit gefordert. Strittig ist alleine die Frage, ob man der Türkei eine Vollmitgliedschaft zugesteht oder eine Kooperation, welche inhaltlich unterhalb einer Vollmitgliedschaft angesiedelt ist, eine sogenannte „Privilegierte Partnerschaft“, wie sie derzeit von der deutschen CDU/CSU und der französischen Regierungspartei UMP gefordert wird.

Javier Solana, der Hohe Beauftragte des Europäischen Rates, hat in bezug auf die Anfang 2004 vollzogene EU-Osterweiterung gesagt, dass „l' élargissement multiplie les capacités d' influence de l' Union en matière international“⁴. Selbiges verspricht

¹ vgl. *Moltke*; 1979.

² *Fischer*; 2004; S. 21.

³ *Brüning/ Kumrey*; 2004; S. 1.

⁴ *Solana*; 2002; S. 106.

sich auch der für den Türkei-Kommissionsbericht zuständige EU-Kommissar *Günter Verheugen* für den Fall, dass die Türkei der EU beitrifft. Bei einem Beitritt werde die EU zwangsweise in die Rolle eines global player katapultiert, ob sie das wolle oder nicht.⁵ Der Historiker *Wehler* prognostiziert dagegen, dass bei einem EU-Beitritt der Türkei „das große Projekt der politischen Einigung Europas [...] zerstört“⁶ würde.

Nachdem die Türkei in Helsinki im Dezember 1999 den Status des Beitrittskandidaten bekommen hat und der Europäische Rat im Dezember 2004 die Verhandlungen über einen Beitritt der Türkei zur EU offiziell begonnen hat, stellt sich dringender denn je die Frage, welche Konsequenzen sich aus dieser Entwicklung für die sich gerade entwickelnde Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ergeben.

In der oft kontrovers geführten Debatte, ob die Türkei ein Vollmitglied der EU werden soll, stehen meist wirtschaftspolitische und kulturelle Themen im Vordergrund. Diese Arbeit wird sich alleine dem sicherheitspolitischen Aspekt eines möglichen Beitritts widmen.

Dabei wird die These verfolgt, dass die von den Beitrittsbefürwortern formulierten positiven sicherheitspolitischen Auswirkungen nicht nur unwahrscheinlich sind, sondern im Gegenteil die GASP und ESVP auch mit einer Reihe Probleme inner- und außerhalb der Türkei belastet würde, was für die weitere Perspektive europäischer Sicherheit negative Folgen hätte. Dies wird anhand des Arguments einer durch den Beitritt verstärkten ESVP und einer Analyse der zu erwartenden neuen Konfliktfelder, mit denen sich die EU bei einem Beitritt der Türkei konfrontiert sehen würde, überprüft. Dabei wird der Schwerpunkt auf den zweiten Aspekt gelegt. In diesem Zusammenhang wird auch die Erwartung der Beitrittsbefürworter untersucht, die Türkei könne durch die EU-Mitgliedschaft als demokratischer und islamischer Modellstaat für die islamische Welt dienen. Die vom konservativen amerikanischen Sicherheitsberater *Kagan* belächelte „Venus EU“⁷ könnte im Falle der Aufnahme der Türkei in eine Situation kommen, in der sie nicht in der Lage ist zu einem global player im sicherheitspolitischen Sektor zu werden, sondern vielmehr die Gefahr eines Rückschlages bis hin zu einer möglichen Renationalisierung europäischer Außen- und Sicherheitspolitik besteht.

⁵ *Verheugen*; 2004; S. 1.

⁶ *Wehler*; 2004; S. 6.

⁷ *Kagan*; 2003; S. 3.

Als Grundlage dieser Arbeit wird dabei zunächst auf die unterschiedlichen Theoriemodelle bezüglich des Ordnungsfaktors EU eingegangen. Als Analysebasis für die Diplomarbeit wird der Ansatz des Akteurszentrierten Institutionalismus dargestellt, um im Anschluss daran die möglichen Szenarien der EU als sicherheitspolitischer Akteur zu beleuchten.

Anschließend wird der aktuelle Diskussionsstand und die Hauptargumente der Beitrittsbefürworter und Beitrittsgegner im sicherheitspolitischen Bereich dargestellt. Dabei werden auch die sicherheitspolitischen Motive benannt, die für einen Beitritt der Türkei sprechen. Nach dem Theorieteil wird im dritten Teil zunächst der status quo der GASP und der ESVP sowie die bisherige Einbindung der Türkei in die westliche Sicherheitsarchitektur reflektiert. Dabei wird durch den Vergleich der EU mit der militärischen Supermacht USA aufgezeigt, was die Hauptfaktoren für die jüngste Entwicklung einer eigenständigeren GASP in den letzten Jahren gewesen sind.

Dem folgt eine Darstellung der in den letzten zwei Jahren entstandenen Ansätze einer gemeinsamen EU-Sicherheitsstrategie und den in dem Verfassungsentwurf enthaltenen Neuerungen sowie der jüngsten Entwicklung der ESVP. Abschließend beschäftigt sich dieses Kapitel damit, welche Anknüpfungspunkte der Türkei zur europäischen Sicherheitspolitik gegeben sind und welche Chancen und Probleme im Bereich einer stärkeren Zusammenarbeit im Rahmen der ESVP auftreten können.

Im vierten Teil wird die Türkei auf zwei Ebenen auf interne und externe Einflussfaktoren im sicherheitspolitischen Bereich untersucht, um die zu erwartenden sicherheitspolitischen Konflikte darzustellen und die mögliche Rolle der Türkei als demokratischer und islamischer Modellstaat zu hinterfragen.

Zunächst gilt es dazu das innenpolitische System der Türkei zu untersuchen sowie die Rolle des Militärs zu betrachten. Anschließend wird die Kurdenproblematik und das Verhältnis des Staates zu den in der türkischen Geschichte virulent auftauchenden islamistischen Parteien reflektiert.

Nach dieser innerstaatlichen Analyse werden in dem zweiten Teilkapitel die Außenbeziehungen beobachtet. Als Grundlage für ein Verständnis dient dabei die Darstellung der Bedeutung der natürlichen Ressourcen für das bilaterale Verhältnis der Türkei zu ihren Nachbarstaaten. Zusammenfassend wird aufgezeigt, wie nach dieser Analyse die Erwartung an die Türkei als demokratischer und islamischer Modellstaat bewertet werden kann.

Abschließend wird im letzten Kapitel resümiert, welche Perspektiven sich aus der Analyse für die europäische Sicherheit ergeben und wie die gewonnenen Erkenntnisse Rückschlüsse auf die oben formulierte These geben.

Im Rahmen dieser Arbeit wird kein Anspruch auf ein Gesamtbild möglicher europäischer Entwicklungslinien erhoben. Der Fokus wird auf die relevanten internen und externen Faktoren im sicherheitspolitischen Bereich bei einer EU-Mitgliedschaft der Türkei gelegt. Dabei werden, obwohl dies im Einzelfall möglicherweise schwer zu trennen ist, wirtschaftspolitische und kulturelle Aspekte ausgeblendet. Aufgrund des bereits breiten Betrachtungsansatzes kann im Rahmen dieser Arbeit das Zypern-Problem sowie das angespannte und kontroverse Verhältnis der Türkei zum Nachbarn Armenien nicht behandelt werden.

2. Theoretische Grundlagen

2.1. Der Ordnungsfaktor Europäische Union und Akteurszentrierter Institutionalismus

Die EU ist eine supranationale Organisation. Ihr Entstehen spiegelt eine Entwicklung in den Internationalen Beziehungen der letzten Jahrzehnte wider, nach der die internationale Kooperation zur Bündelung sozialer Machtressourcen in Form von Allianzen zugenommen hat.⁸

Dabei beziehen diese Organisationen die Möglichkeit der Einwirkung auf internationale Entwicklungen aus der Übertragung staatlicher Hoheitsrechte, also staatlicher Autorität. In der Theorie der Internationalen Beziehungen gibt es allgemein zwei Betrachtungsansätze in bezug auf supranationale Organisationen. Während aus der Betrachtungsweise der „realistischen“ bzw. „neo-realistischen“ Theorieansätze internationale Organisationen vor allem als Instrumente zur Durchsetzung nationalstaatlicher Interessen in Konflikten dargestellt werden, sehen andere Theorieansätze die eigenständige Qualität internationaler Organisationen als Akteure in der internationalen Politik.⁹ Die Europäische Union ist dabei ein Sonderfall, da sie durch „Prozesse der Vergemeinschaftung bestimmter Politikbereiche, der supranationalen Verrechtlichung von beachtlicher Reichweite“¹⁰ gekennzeichnet ist. *Müller* behauptet, dass in einer noch weitgehend durch

⁸ vgl. *Mauil*; 2000.

⁹ vgl. *Meyers*; 2000.

nationalstaatliche Strukturen bestimmten Welt „die EU bislang noch ein einsames Beispiel grenzüberschreitender politischer Verflechtung“¹¹ sei. Dabei ist sie heute in der Lage auch als Ordnungsfaktor aufzutreten, was „erheblich kontrovers diskutiert“¹² wird. Gegenwärtig ergibt sich eine gewisse Unübersichtlichkeit der internationalen Rolle Europas, was auch an dem „Vielklang von unterschiedlichen, ja widersprüchlichen Leitbildern abzulesen“¹³ ist, denen die verschiedenen Mitgliedsstaaten folgen.¹⁴ Das Bild der Europäischen Union als Ordnungsfaktor in den neuen weltpolitischen Konstellationen ist deshalb unscharf und offen für mehrere Interpretationen.

Zwar sind in der Vergangenheit die Ziele der EU mehrfach und intensiv mit relativ klaren Ordnungsvorstellungen formuliert und in den politischen Diskurs eingebracht worden, aber die Wirksamkeit des „europäischen Instrumentariums“¹⁵ variiert dabei, je nachdem, welchen Sektor man betrachtet, erheblich. Einerseits ist die Europäische Union in einigen Sektoren wie beispielsweise der traditionellen Handels- und Wirtschaftspolitik, ein wichtiger Akteur, was sich etwa durch die Entwicklung von zahlreichen Deklarationen und Dialogen, welche themendeckend auf Probleme und Krisen des internationalen Systems reagieren, ausdrückt. Für *Wessels* erfüllt die EU deshalb die Rolle eines „global talkers“¹⁶.

Andererseits treten immer wieder Nationalinteressen bei Krisen auf, wie etwa bei den Kontaktgruppen zu den Krisen auf dem Balkan oder die Spaltung der EU-Mitgliedsstaaten, die im Vorfeld des Irak- Krieges sichtbar wurde. Besonders offensichtlich ist dieser Widerspruch demnach im Bereich der GASP und ESVP.

Algieri schreibt, dass das erreichte Niveau außen- und sicherheitspolitischer Zusammenarbeit durch ein „hohes Maß an institutioneller Bestimmtheit“¹⁷ geprägt ist, das wiederum das Handeln der verschiedenen Akteure beeinflusst. Institutionelle Vorgaben bestimmen somit den Weg und schränken nationale Akteure in ihrer Handlungsfreiheit ein und zwingen diese, ihre Ziele entsprechend anzupassen. Dabei sind die interessengeleiteten Entscheidungen der EU-Mitgliedsstaaten die Voraussetzung für das Gelingen des Prozesses. Es besteht ein Gegensatz zwischen

¹⁰ *Mauil*; 2000; S. 375.

¹¹ *Müller* (1); 2000; S. 458.

¹² *Wessels*; 2000; S. 575.

¹³ ebenda.

¹⁴ vgl. *Link*; 2000.

¹⁵ *Wessels*; 2000; S. 586.

¹⁶ ebenda.

¹⁷ *Algieri*; 2002; S. 595.

Befürwortern einer schrittweisen Vertiefung der GASP/ ESVP einerseits und von Intergouvernementalisten andererseits. Vor diesem Hintergrund müssen die unterschiedlichen nationalen Perzeptionen von außen- und sicherheitspolitischem Handeln in einer erweiterten Union erfasst und in ihrer Gemeinsamkeit gebündelt werden.

Es stellt sich daher die Frage, welche Zukunftsszenarien für die EU im Allgemeinen und für die GASP/ ESVP im Speziellen denkbar sind. Entscheidend für die Entwicklung der EU als Ordnungsfaktor ist, ob der vorliegende Handlungsrahmen von den Mitgliedsstaaten optimal genutzt wird, die Kohärenzfrage sich nicht länger als problematisch erweist und ob mittels der verstärkten Zusammenarbeit die Handlungsfähigkeit erhöht wird.

Unumstritten dürfte sein, dass es einen Mehrwert eines Ordnungsfaktors EU im internationalen System gegenüber dem Alternativszenario einer eigenen, in rechtlicher Souveränität durchgeführten Außenpolitik eines jeden Mitgliedsstaates, gibt. Aber die Tatsache, dass die EU kein souveräner Staat, sondern ein supranationaler Akteur ist, erschwert es ihr nach wie vor als Ordnungsfaktor im internationalen System aufzutreten.

Aufschluss über Potential und mögliche Probleme bei der Weiterentwicklung der EU als Organisation und Ordnungsfaktor bietet der Politikforschung der theoretische Ansatz des Akteurszentrierten Institutionalismus.¹⁸ *Scharpf* legt in seinem Modell dar, welche Bedingungen für einen komplexen Akteur im Gegensatz zu einem individuellen Akteur für die Fähigkeit zum strategischen Handeln notwendig sind beziehungsweise die Interaktion behindern. Dabei wird dem idealen individuellen Akteur, wie er auch im Rational-Choice-Modell dargestellt wird, zugebilligt, dass er die Fähigkeit zu strategischem Handeln besitzt. Er trifft seine Entscheidungen je nachdem, wie sein erwarteter Gesamtnutzen maximiert wird. Bei einem komplexen Akteur, wie im Rahmen dieser Arbeit die Europäische Union, treten weitere Dimensionen auf, welche die Entscheidungsfindung verkomplizieren. Dabei beschreibt die „evaluative Dimension“¹⁹ die Fähigkeit zu gemeinsamen strategischem Handeln, welches eine Integration der Präferenzen voraussetzt. Allgemein ausgedrückt bedeutet dies die Fähigkeit Verluste hinzunehmen, um größere Gesamtvorteile zu gewinnen. Zusammenfassend sind für die Fähigkeit für das strategische Handeln eines komplexen Akteurs wie der EU, einerseits die

¹⁸ vgl. *Scharpf*; 2000.

vorhandenen Präferenzen der Mitglieder, sowie andererseits die Fähigkeit zur Konfliktlösung innerhalb der kollektiven Einheit, bedeutsam. *Scharpf* verweist darauf, dass komplexe Akteure, die zur Beilegung interner Konflikte auf Verhandlungen angewiesen sind, eine geringere Fähigkeit zur Konfliktlösung haben als Akteure, die auf Mehrheitsabstimmungen und hierarchische Entscheidungen zurückgreifen können, um fortdauernd interne Uneinigkeit zu überwinden. Für dieses Modell ist auch ein historischer Vergleich möglich.

Kennedy hat 1987 in seinem Standardwerk „Aufstieg und Fall der großen Mächte“, damals noch in bezug auf die Europäische Gemeinschaft, festgestellt, dass „von den fünf Hauptballungsgebieten wirtschaftlicher und militärischer Macht“ in der damaligen Welt, Europa das einzige sei, das nicht die Form eines souveränen Nationalstaates habe, „was gleichzeitig auch das Hauptproblem dieser Region definiert, während sie sich auf das 21. Jahrhundert zubewegt“²⁰. Obschon Europa ein hohes Potential habe, sei nicht absehbar, wie sich die Situation weiterentwickeln könnte, was er mit dem Vergleich des Deutschen Bundes des 19. Jahrhunderts unterlegt. Die damalige „deutsche Frage“ des letzten Jahrhunderts sei ein Mikrokosmos der heutigen „europäischen Frage“. So gab es den Zollverein, der bei der Stimulierung von Handel und Industrie so erfolgreich war, dass er schnell neue Mitglieder anzog. Es sei klar gewesen, dass „wenn sich die vergrößerte wirtschaftliche Gemeinschaft in einen Machtstaat verwandelte, ein bedeutender neuer Akteur im internationalen System entstünde“²¹. Aber diese Entwicklung wurde von den Mitgliedern blockiert, da es Meinungsverschiedenheiten über die „wirtschaftliche und noch mehr noch über die politische und militärische Integration gab“²².

Mit ähnlichen Problemen ist die Europäische Union auch heute konfrontiert. Während es im wirtschaftspolitischen Bereich eine hohe Integration und gemeinsame Interessen zu verzeichnen gibt, liegen auf der außen- und sicherheitspolitischer Ebene immer noch stark divergierende Präferenzen zwischen den Mitgliedsstaaten vor. Für diese Arbeit ist der Befund hervorzuheben, dass erst gemeinsame Präferenzen zu einer Integration führen. Insofern müssen auf einem Sektor, auf dem sich ein kollektiver Akteur weiter integrieren möchte, gemeinsame Standpunkte und Lösungsansätze vorhanden sein. Welche Zukunftsszenarien für die EU im sicherheitspolitischen Bereich generell denkbar sind, welche Faktoren dabei eine

¹⁹ *Scharpf*, 2000; S. 108.

²⁰ *Kennedy*, 2001; S. 695.

²¹ *Kennedy*, 2001; S. 696.

Rolle spielen und welche Auswirkungen dies auf die GASP und ESVP haben könnte, wird im folgenden Kapitel erläutert.

2.2. Mögliche Zukunftsszenarien für die EU als sicherheitspolitischer Akteur

Die europäische Integration pendelt seit ihren Anfängen zwischen den zwei Polen Vertiefung und Erweiterung. Angefangen mit der wirtschaftlichen Integration bis hin zur politischen Integration zur Europäischen Union hat sich dieser Prozess bewährt und zum heutigen status quo geführt. Nach *Varwick* gehört es zu den „Erfolgsgeheimnissen“²³ der europäischen Integration, dass die Mitgliedsstaaten seit der Initialzündung der Montanunion 1951 der Grundsatzfrage nach der Finalität des Integrationsprozesses ausgewichen sind. Stattdessen blieb die Zielperspektive bei den anstehenden sektoralen Teilintegrationen offen.

UNO- Generalsekretär *Annan* stellt fest, dass die EU vielleicht viel mächtiger sei, als manchem Europäer bewusst ist, doch bei weitem noch nicht so mächtig, wie es sein könnte. Das liege daran, dass „Europas Fähigkeit, als Gemeinschaft zu denken und zu gemeinsamen Entscheidungen zu gelangen, noch relativ unterentwickelt, beziehungsweise auf einzelne Politikbereiche beschränkt“²⁴ sei.

Diese Entwicklung ist auch im Bereich der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, der GASP, und der militärischen Komponente, der ESVP, zu beobachten.

Nach *Varwick* sind drei Szenarien für die Weiterentwicklung der EU möglich.

- Das Staatswerdungsszenario beinhaltet das sehr voraussetzungsreiche Modell einer weiteren Stärkung der supranationalen Ebene zu Lasten der EU-Mitgliedsstaaten. Dabei ist entscheidend, ob es der Union gelingt die Balance zwischen Vertiefung und Erweiterung zu halten. Als Zone der Stabilität und des Friedens hätte die Union auch eine starke Gestaltungskraft nach außen. Dabei bleiben viele Fragen offen, die den Verlauf eines solchen Prozesses betreffen.
- Das Erosionsszenario nimmt dagegen an, dass die EU unter der Last der Erweiterung und den zunehmenden Interessenunterschieden ihrer Mitgliedsstaaten zusammenbricht oder langsam erodiert. Durch die fehlende Konfrontation des Ost-West-Konfliktes brechen alte Rivalitäten in Europa wieder auf und gefährden den

²² ebenda.

²³ *Varwick*; 2004; S. 65.

²⁴ *Annan*; 1999; S. 96.

Integrationsprozess empfindlich. Die Gemeinschaftsinstitutionen sind zu schwach, um diese gegenseitigen Konflikte auszugleichen. Unter der Prämisse, dass die nationalstaatliche Ebene in einer wachsenden Zahl von Politikfeldern für die Lösung der zahlreichen Probleme nicht mehr der geeignete Ort ist, gibt es äußerst negative Auswirkungen auf die Problemlösungsfähigkeit der Politik. Die Mitgliedsstaaten werden zu Alleingängen tendieren und ein konfliktträchtiger Wettbewerb kann entstehen. Europa würde so zu einem Raum der Instabilität werden und dementsprechend keinen Beitrag zur Lösung von außereuropäischen Konflikten leisten können.

- Das Muddling-Through-Szenario geht hingegen davon aus, dass die Union das bleibt, was sie momentan ist. Die Europäische Union ist „ein unvollkommenes, reformbedürftiges kompliziertes Gebäude sui generis“²⁵, das dennoch für seine Bürger und die Stabilität des Kontinents unverzichtbar ist. Dabei fehlt den Mitgliedsstaaten die Kraft zu Reformen und zu einer einstimmigen Entscheidung, wie sich die Union zukünftig entwickeln soll. Innerhalb dieses Szenarios bleibt offen, ob es zu gemeinschaftlichen Lösungen oder einer Abkehr von einer weitergehenden Integration kommt. So wäre eine Renationalisierung von Kompetenzbereichen ebenso denkbar wie die verstärkte Zusammenarbeit in- oder außerhalb des Unions-Vertrages.

Das Auftreten der EU als internationaler Ordnungsakteur bleibt zwangsläufig unvollkommen, widersprüchlich, aber letztlich doch für die Mitgliedsstaaten unverzichtbar.

Neben den beiden Polen des Staatswerdungsszenarios, welche der EU eine „erhebliche Gestaltungskraft“²⁶ nach außen verleihen würde, und des Erosionszenarios, de facto dem Ende des politischen Akteurs EU, sieht *Varwick* als wahrscheinlichste Entwicklung das Muddling-Through-Szenario. In diesem Fall bliebe die EU das, was sie nach dem Integrationsstand zwischen dem Nizza-Vertrag und dem Verfassungskonvent ist.

In dieses Szenario ist auch die Bewertung *Wessels* einzubinden, der feststellt, dass die zur Verfügung stehenden Ressourcen der EU zunehmend an Wirksamkeit im internationalen System verlieren, so wie interne Schwerfälligkeit die Glaubwürdigkeit

²⁵ *Varwick*; 2004; S. 66.

²⁶ ebenda.

der EU und Europas insgesamt schwächt.²⁷ Hoffnungen auf eine Rolle der EU als global player werden aber bei einer Abwertung der Machtressourcen zu einer Utopie. Welches Szenario eintritt hängt nach Meinung *Varwicks* von der Haltung wichtiger Mitgliedsstaaten sowie externen Faktoren ab, welche sich aus den Unwägbarkeiten der internationalen Politik ergeben. Welche Rolle in diesem Kontext die mögliche EU-Vollmitgliedschaft der Türkei spielt, wird im folgenden Teilkapitel behandelt.

2.3. Sicherheitspolitische Konzeptionen für und wider eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei

Es wird sich im Folgenden auf die zwei gegensätzlichen Perzeptionen, die in Deutschland die Diskussion dominieren, und die sicherheitspolitische Relevanz besitzen, beschränkt. Die Positionen für eine EU-Vollmitgliedschaft werden in Deutschland grundsätzlich von der rot-grünen Regierung und den Parteien SPD, FDP und den Grünen unterstützt.

Der deutsche EU-Kommissar *Verheugen* hat in einem Zeitungsbeitrag geschrieben, dass mit einem Beitritt der Türkei zur Europäischen Union, diese endlich zu einem global player auf der weltpolitischen Bühne werden könne.²⁸ Der Beitritt der Türkei würde zwangsläufig zu dieser Entwicklung für die EU führen. Die EU würde mit neuen Problemen konfrontiert und die notwendige Auseinandersetzung mit diesen Konfliktfeldern würde zwangsweise dazu führen, dass ihre sicherheitspolitische Macht wachsen würde.

Laut Außenminister *Fischer* sind vor allem langfristige sicherheitspolitische Gründe ausschlaggebend die Bitte der Türken um eine Vollmitgliedschaft zu unterstützen. So sagt er beispielsweise in einem Interview, dass es entscheidend sein würde, ob „es gelingt, ein großes muslimisches Land mit Marktwirtschaft, westlichen Grundwerten der Aufklärung, Menschenrechten und Demokratie, mit einer starken Zivilgesellschaft zu versöhnen.“²⁹ Das strategische Interesse an der Türkei sei nach dem Ende des Kalten Krieges größer als zuvor.

Die Befürworter sehen einen grundsätzlichen Einklang der strategischen Interessen der Türkei mit dem Bemühen der EU einer langfristigen Stabilisierung der Nachbarschaft der Union.³⁰ Eine Kooperation sowie Einbindung Ankaras sei eine

²⁷ vgl. *Wessels*; 2002.

²⁸ vgl. *Verheugen*; 2004.

²⁹ *Fischer*; 2004; S. 45.

³⁰ vgl. *Südosteuropa-Gesellschaft*; 2004.

wichtige Voraussetzung für ein erfolgreiches strategisches Handeln der EU in den Nachbarstaaten der Türkei. Auch bei einer Weiterentwicklung der ESVP käme die EU nicht an der Türkei vorbei. Teil der Argumentation ist auch, wie *Liel* schreibt, dass die Türkei mit ihren militärischen Fähigkeiten „a potential contributor to the military aspect of ESDP“³¹ sein könnte. Dies bestätigt auch der Leiter des Essener Instituts für Türkeistudien *Sen* bei einem Vortrag.³² Die Türkei habe eine große Armee und könne daher entscheidend dazu beitragen, dass die ESVP stärker würde und Europa endlich auch als militärische Macht internationale Anerkennung bekommen könnte. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die „potentielle Scharnier- und Brückenfunktion der Türkei für europäische Sicherheitsinteressen“³³ gelegt. So werde der Annäherungsprozess der Türkei an die EU von vielen Staaten der nah- und mittelöstlichen Region mit Interesse verfolgt. Diese würden beobachten, ob die EU mit islamischen Staaten zu einem „fairen Interessenausgleich“³⁴ kommen könne. Würde die Türkei durch die mit einem EU-Beitritt verbundenen Reformen Modellcharakter für den Modernisierungsprozess islamischer Staaten bekommen, so wäre dies eine Chance für die Demokratisierung der gesamten Region. In einem gemeinsamen Papier weisen die SPD-Außenpolitiker *Zapf*, *Schwall-Düren* und *Erler* zudem darauf hin, dass die Zusammenarbeit mit einem EU-Mitglied Türkei „vor dem Hintergrund der heutigen vielschichtigen neuen Bedrohungslage einfacher und effektiver“³⁵ zu gestalten sei. Die Türkei könne eine „wichtige Brücke zwischen Orient und Okzident schlagen“³⁶ und die universellen Werte der EU könnten in die islamischen Länder exportiert werden. Somit könne die Gefahr eines von *Huntington* proklamierten „Kampf der Kulturen“ ad absurdum geführt werden. Dies impliziert jedoch auch, dass bei einer Nichtaufnahme der Türkei in die Europäische Union eine Abwendung und Neuorientierung der Türkei zu erwarten sei.

Gegen das Modell der Vollmitgliedschaft hat sich in Deutschland vor allem grundsätzlich die CDU/ CSU positioniert. Dabei favorisiert diese Gruppe die sicherheitspolitische Anbindung der Türkei an die EU durch das Konzept einer sogenannten „Privilegierten Partnerschaft“, deren Inhalt jedoch nicht genau festgelegt ist und die auch ein Novum in der bisherigen Geschichte der EU-

³¹ *Liel*; 2002; S. 200.

³² vgl. *Sen*; 2004.

³³ *Südosteuropa- Gesellschaft*; 2004; S. 4 f.

³⁴ ebenda.

³⁵ ebenda.

³⁶ ebenda.

Erweiterung sein würde. Man erkenne damit an, so sagen die Unions-Parteien, dass die Türkei generell eine hohe strategische Bedeutung für die EU habe, da sie ein wichtiger Vermittler zur islamischen Welt sein könne. Im sicherheitspolitischen Bereich könne innerhalb eines solchen Konzeptes über eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) nachgedacht werden. Man könne so die „Bekämpfung von Terrorismus, Extremismus und Organisiertem Verbrechen, die Zusammenarbeit der Behörden und Institutionen im Innen- und Justizbereich sowie den Geheimdiensten deutlich intensivieren“³⁷. Die Union lehnt die EU-Vollmitgliedschaft auch ab, weil es „gravierende Argumente für die Befürchtung [gäbe], dass eine Aufnahme der Türkei die EU politisch, wirtschaftlich und institutionell überfordern, ihre Identität in Frage stellen und die Gefahr einer Rückentwicklung zu einer Freihandelszone in sich bergen würde“³⁸. Somit stehen nicht in erster Linie sicherheitspolitische Argumente im Vordergrund der ablehnenden Haltung der CDU/ CSU. Vielmehr wird befürchtet die Europäische Union würde nicht in der Lage sein die Türkei nach Ablauf des mindestens zehnjährigen Verhandlungszeitraumes aufzunehmen und dabei ein funktionierender politischer Akteur zu bleiben. Allerdings widersprechen die Unions-Politiker auch den sicherheitspolitischen Vorteilen, welche aus Sicht der Befürworter für eine Vollmitgliedschaft sprechen. So würde der Kampf gegen den islamistischen Terrorismus unabhängig von der Frage einer möglichen EU-Mitgliedschaft in 10 bis 15 Jahren notwendig sein und liege auch im Eigeninteresse der Türkei. Der EU-Integrationsprozess könne in der Türkei im Gegenteil zur Folge haben, den alten Laizismus in der Türkei, die Trennung von Staat und Religion, erst infrage zu stellen. Bezogen auf das Modell eines demokratischen islamischen Staates als Brücke in die islamische Nachbarschaft verweist *Schäuble* darauf, dass dies eher gegen eine EU-Vollmitgliedschaft spreche, denn eine Brücke verliere ihre Funktion, wenn sie nur an einem Ufer verankert sei.³⁹ In einem Interview sagt er, dass, wenn die Türkei voll in Europa integriert wäre, „sie im Rest der islamischen Welt als europäisch dominiert gelten“⁴⁰ würde. Außerdem gibt es Befürchtungen bezüglich innertürkischer Probleme und dem Aufbau der GASP, was *Liel* folgend kommentiert: „Enlarging the EU to include Turkey would not only bring her internal security problems into the EU,

³⁷ CDU/ CSU; 2004; S. 2.

³⁸ Pflüger; 2004; S. 8.

³⁹ vgl. *Schäuble*; 2004.

but would also undermine the EU' s objective to establish a coherent foreign and security policy".⁴¹

Im Gegensatz zu den Staaten Osteuropas, die im Frühjahr 2004 Mitglieder der EU geworden sind, würde die Türkei eine Reihe von konfliktbeladenen Themen in die EU hineinbringen. Bei jedem dieser Probleme bestünden Zweifel, ob deren Lösung hohe Priorität für Europa hätten, und ob diese Probleme durch eine Vollmitgliedschaft einfacher zu lösen seien.⁴² Außerdem sei das Argument wenig plausibel, wonach eine von Europa enttäuschte Türkei ihre Zukunft in einem pantürkischen Großreich oder einer islamistischen Theokratie sehen könnte. Dazu würde es nicht nur an historischen Parallelen, sondern auch an Partnern, Ressourcen und einer Mehrheit in der türkischen Bevölkerung fehlen.⁴³

Aus diesen Aussagen lassen sich für die Bearbeitung der These folgende Fragen stellen:

- Ist ein bedeutender Beitrag der Türkei zur sich entwickelnden ESVP zu erwarten, der eine Vollmitgliedschaft notwendig macht?
- Mit welchen Problemen wird die EU sicherheitspolitisch bei einer Vollmitgliedschaft der Türkei konfrontiert und wie passt dies in das aktuelle Gesamtbild der EU als sicherheitspolitischer Akteur?
- Spielt die Türkei eine innen- und außenpolitische Sonderrolle in der Region, oder kann sie als wirksames Vorbild, also als Brücken- oder Modellstaat, für andere islamische Staaten der Region fungieren?

Anhand dieser speziellen Fragen wird im Folgenden die These, dass eine Vollmitgliedschaft negative Folgen für die Perspektive europäischer Sicherheit haben könnte, überprüft.

⁴⁰ *Schäuble*; 2004; S. 69.

⁴¹ *Liel*; 2002; S. 208.

⁴² vgl. *Buhbe*; 1998.

⁴³ ebenda.

3. Status quo der GASP/ ESVP und die Einbindung der Türkei

Ein Hauptargument der Beitrittsbefürworter ist, dass der Beitritt der Türkei mit ihrer großen Armee und militärischen Hintergrund sehr gut dazu beitragen könne, die ESVP zu stärken und damit die EU zu einem militärischen global player zu machen. Im Folgenden wird untersucht, ob dieses Argument bei genauer Betrachtung schlüssig ist. Dazu muss zunächst kurz auf die jüngste Entwicklung der GASP und ESVP eingegangen werden, was durch einen Vergleich der europäischen und US-amerikanischen Sicherheitsmotive geschieht.

3.1. Europäische und amerikanische Sicherheitsmotive

Innerhalb der EU gibt es unterschiedliche Ansichten, welches Zukunftsszenario für die GASP/ ESVP gewollt und gefördert werden sollte. Das Selbstverständnis und die Ausrichtung der Mitgliedsstaaten kann vor allem am externen Faktor USA und den unterschiedlichen Sicherheitsmotiven der EU-Mitgliedsstaaten sichtbar gemacht werden, was im Folgenden widergespiegelt wird.

Einer langen, jedoch oft unterbrochenen, Tradition folgend, unterstützen europäische Staaten und die EU die Idee einer zukünftigen Weltinnenpolitik, welche zum „weitgehenden Verschwinden des Krieges als Mittel der Politik“⁴⁴ führen soll. Dabei gelten Systeme kollektiver Sicherheit als beste Lösung, um Gewaltlosigkeit in den internationalen Beziehungen sicherzustellen. Deshalb wird auch dem in Artikel 2, Ziffer 4 der VN-Charta aufgeführten Prinzip der Gewaltlosigkeit große Bedeutung eingeräumt. *Hagen* stellt fest, dass „aufgrund der relativen, militärischen Schwäche praktisch aller europäischer Staaten [...] zu dieser multilateralen Politik, außer einer massiven Aufrüstung und Militarisierung der nationalen Außenbeziehungen, kaum eine realistische Handlungsalternative“⁴⁵ besteht.

Die enorme Ablehnung der europäischen Bevölkerung gegenüber dem jüngsten Irak-Krieg kann dabei als Indiz gelten, dass in der sogenannten Postheroischen Gesellschaft⁴⁶ Europas, wie *Münkler* sie nennt, die Bürger eine stärkere Militarisierung nicht mittragen würden. Europa hat dabei andere Motive, als die einzig

⁴⁴ *Hagen*; 2003; S. 170.

⁴⁵ *Hagen*; 2003; S. 171.

⁴⁶ "Dass sie [die europäischen Gesellschaften] sich über Arbeit, Konsum, Wohlstand definieren und den Vorstellungen von Ehre und Opfer keinen Raum gewähren, mithin den Krieg unter allen Umständen vermeiden wollen, kennzeichnet sie als postheroische Gesellschaften" in: *Münkler*; 2003; S. 141.

verblieben Supermacht USA, die sowohl von ihren Unterstützern, wie beispielsweise *Kagan*⁴⁷ und *Rosen*⁴⁸, aber auch von ihren Kritikern, wie beispielsweise *Hobsbawm*⁴⁹ und *Todd*⁵⁰, als „American Empire“ bezeichnet wird. Ausdruck dafür ist, dass der Etat des Pentagon größer ist als die Verteidigungsetats der 15 folgenden Staaten zusammen.⁵¹

Je nach Sichtweise wird den militärisch überlegenden USA dabei die Rolle als gültiges und stabilisierendes oder als räuberisches und friedensgefährdendes Imperium zugeschrieben. Grundlegend ist festzuhalten, dass sich das Verhältnis zwischen den USA und Europa nach dem Wegfall der Sowjetunion entscheidend verändert hat und dass Amerikas militärische Fähigkeiten die der europäischen Partner weit übersteigt. Nach dem Ende des Kalten Krieges haben neue sicherheitspolitische Motive, gegenüber dem alten Ziel eine starke Allianz der westlichen Welt innerhalb der NATO zu bilden, an Bedeutung gewonnen.

Aus Sicht der USA sind Motive und Hauptthemen im Bereich der Sicherheitspolitik in den letzten Jahren vornehmlich die Bekämpfung des Terrorismus, die Proliferation, unter anderem von Massenvernichtungswaffen, und der Irak-Konflikt gewesen.

Aus Sicht der USA „these three words define completely the new international security paradigm“⁵² nach denen die Strategen in Washington ihre policy ausgerichtet haben. Die US-Regierung hat in Folge dessen auch ihre Instrumente für ihre Handlungsweise auf der internationalen Ebene geändert. Die Europäer haben diese Veränderung „powerless, anxious, supportive or hesitant“⁵³ begleitet, ohne jedoch mit einer Stimme eigene Sicherheitsinteressen formulieren zu können.

Auch während der Balkankriege ist deutlich geworden wie sehr die Europäer auf das militärische Eingreifen der USA angewiesen sind, um Konflikte in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zu unterbinden. Die EU ist die größte Wirtschaftsmacht der Welt und hat dennoch große Defizite was eine gemeinsame und wirksame Sicherheitspolitik betrifft.

Die Terroranschläge des 11. September und das damit einhergehende Bewusstsein, den internationalen Terrorismus bekämpfen zu müssen, hat die Frage beantwortet, welches nach dem Ende des Kalten Krieges das dominante Sicherheitsproblem ist.

⁴⁷ vgl. *Kagan*; 1998.

⁴⁸ vgl. *Rosen*; 2002.

⁴⁹ vgl. *Hobsbawm*; 2003.

⁵⁰ vgl. *Todd*; 2002.

⁵¹ vgl. *European Parliament Report*; 2002.

⁵² *Gnesotto*; 2003; S. 5.

⁵³ ebenda.

Dies ist der sogenannte Megaterrorismus, „a non state form of terrorism in which the readiness to take life knows no bounds“⁵⁴.

Seit dem Beginn des „Kriegs gegen den Terror“ im Jahre 2001 und der sich dadurch veränderten weltpolitischen Lage befindet sich Europa bzw. die EU in einer außen- und sicherheitspolitischen Situation, die durch den „Zwang zu bislang unbekanntem selbstständigen Handeln geprägt ist“⁵⁵, wie es *Hagen* formuliert.

Als weitere wichtige Veränderung in den internationalen Beziehungen kann die Tatsache angesehen werden, dass die Bedrohung des Terrorismus alle größeren Staaten gleichermaßen betrifft, denn sie können alle Opfer von Terroranschlägen werden.

Dieses Wissen hat auch die geopolitische Landschaft verändert, denn Russland arbeitet im Wissen um ein gemeinsames Interesse mit dem Westen zusammen⁵⁶ und „a solid security relationship appears now to be emerging“⁵⁷.

Im Gegensatz zum zwischenstaatlichen Krieg stellt der Kampf gegen den Terrorismus die politischen Akteure vor neue Herausforderungen, denn eine „counter-strategy calls for a complex and expensive set of instruments, as the causes of terrorism are themselves deep-rooted and complex“⁵⁸.

Eine weitere Veränderung hat die Erweiterung der EU um zehn neue Mitgliedsstaaten mit sich gebracht. Mit dem Beitritt der neuen Mitgliedsstaaten vollzieht sich „a historic broadening of one of the world's most exclusive clubs“⁵⁹, was auch Auswirkungen auf das Einflussgebiet der EU hat. *Javier Solana* hat darauf hingewiesen, dass „avec des frontières un jour communes avec le monde russe, le monde arabo- musulman, voire avec l' Asie centrale, il sera difficile aux Européens de se désintéresser de nombre des questions de sécurité qui touchent très directement à la stabilité des régions voisines de l' Europe élargie“⁶⁰. Die Erweiterung der EU konfrontiert die Mitgliedsstaaten somit mit neuen sicherheitspolitischen Fragen, deren Lösung sie sich nicht entziehen kann.

Das Versagen der EU im Vorfeld des Irak-Krieges eine geschlossene Position zu formulieren hat es offenkundig gemacht, dass eine gemeinsame Sicherheitsstrategie nötig und überfällig war, um Europa in der sich verändernden Welt eine machtvolle

⁵⁴ *Müller* (2); 2003; S. 7.

⁵⁵ *Hagen*; 2003; S. 181.

⁵⁶ u.a. EU- Russia summit zur Terrorismusbekämpfung am 11. November 2002 in Brüssel.

⁵⁷ ebenda.

⁵⁸ *Müller*; 2003; S. 52.

⁵⁹ *Teitelbaum/ Martin*; 2003; S. 97.

⁶⁰ *Solana*; 2002; S. 106.

Stimme zu geben. Der gescheiterte Versuch eine einheitliche Haltung zu finden hat auch verschiedene Initiativen ins Leben gerufen, wie etwa den Vorschlag des belgischen Premierministers *Verhofstadt* ein militärisches European Headquarter zu errichten, um der Gefahr zu entgehen, dass „both the European Union and NATO turn into 'toolboxes' for supporting ad hoc coalitions“⁶¹.

Eine weitere Weichenstellung hat in den USA stattgefunden, wo im September 2002 eine neue Nationale Sicherheitsstrategie veröffentlicht wurde, welche erstmals die Möglichkeit von Präventivschlägen vorsieht.⁶²

Es ist unbestritten richtig und wichtig im Interesse Europas weiter an der Partnerschaft mit den USA festzuhalten, wie dies auch *Bertram* formuliert.⁶³ Die aufgezeigten Entwicklungen haben jedoch auch dazu geführt, dass die wesentlichen Akteure im Bereich der europäischen Sicherheitspolitik (Frankreich, Großbritannien und Deutschland) Handlungsbedarf für die EU sahen.

Deshalb wurde der Hohe Vertreter der Europäischen Rates, *Javier Solana*, von den Außenministern beauftragt eine Strategie für die GASP und die ESVP zu entwickeln.

3.2. Ziele Europäischer Sicherheitspolitik – Das Solana-Papier, die EU-Verfassung und die ESVP

Dies ist das erste Mal, dass die europäischen Regierungschefs eine gemeinsame Positionierung im Bereich der GASP vorgenommen haben. In den letzten Jahren hat die EU nach Meinung von *Schwarz* „mangelhaft in Krisen, in denen schnelle Entscheidungen zu treffen sind“⁶⁴, reagiert. Als Wirtschaftsmacht ist die EU bisher nur durch den Einsatz von sogenannter „weicher Macht“ auf der internationalen Ebene in Erscheinung getreten. Sicherheitspolitik wird allein von den Hauptstädten aus implementiert.

Schwarz schreibt, dass eine Sicherheitsstrategie helfen kann klare Schwerpunkte zu setzen, die Ziele und Mittel wirksamer zu verbinden und beide besser an die neuen Aufgaben anzupassen.⁶⁵

Mit der am 13. Dezember 2003 verabschiedeten Europäischen Sicherheitsstrategie mit dem Titel „A secure Europe in a better world“ hat die EU erstmals ein

⁶¹ *Verhofstadt*, 2002; S. 112.

⁶² vgl. *Whitehouse NSS*; 2002.

⁶³ *Bertram* plädiert in einem Aufsatz: „Europe’s best interest: Staying close to number one“; vgl. *Bertram*; 2003.

⁶⁴ vgl. *Schwarz*; 2003.

⁶⁵ ebenda.

gemeinsames Papier verabschiedet, dass „endlich [...] die Peitsche zum Zuckerbrot [liefere], mit dem Europa bisher weltweite Diplomatie betrieben“⁶⁶ habe. Nach jahrelanger Debatte kommen die Regierungschefs darin überein, dass „no single country is able to tackle today' s complex problems on its own“⁶⁷.

Die Union bekennt sich dazu, dass sie mit ihren 25 Mitgliedsstaaten und 450 Millionen Einwohnern und einem Viertel des Weltbruttosozialproduktes „inevitably a global player“ ist, und dieser sollte bereit sein „to share the responsibility for global security“⁶⁸.

Als globale Probleme, welche die Union betreffen, werden unter anderem der Kampf um natürliche Ressourcen wie Wasser genannt. Das sogenannte Solana-Papier stellt auch heraus, dass „energy dependence is a special concern for Europe“⁶⁹, was damit zusammenhängt, dass Europa der weltgrößte Importeur von Gas und Öl ist. Der Anteil des Imports für den Energieverbrauch liegt bei über 50% und wird voraussichtlich bis 2030 auf 70% steigen. Europa ist dabei vor allem auf die Golf-Staaten, Russland und Nordafrika angewiesen, was unter anderem auch durch Prognosen unterstützt wird.⁷⁰ Die Energiesicherheit ist aber nur ein Punkt auf der Agenda.

Als Hauptgefahren für Europa werden der Terrorismus, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, zerfallende Staaten sowie das Organisierte Verbrechen genannt.

Bezüglich des Terrorismus verweist das Papier darauf, dass „the most recent wave of terrorism is global in its scope and is linked to violent religious extremism“⁷¹.

Zur Proliferation von Massenvernichtungswaffen (WMD) erinnert das Papier an den Einsatz von Saringas der sogenannten Aum Sekte in Tokio, bei dem 12 Menschen starben und mehrere tausend Menschen verletzt wurden.

Obwohl das Wort „Praeemtion“ aus Rücksichtnahme vor Sensibilitäten Deutschlands und anderer neutraler Staaten nicht im Text auftaucht⁷², so wird doch erklärt, dass „in an era of globalisation distant threats may be as much a concern as those that are near at hand“ und „the first line of defence will often be abroad“, was zur Folge hat,

⁶⁶ *Cameron*; 2004; S. 39.

⁶⁷ *ESS*; 2003; S. 1.

⁶⁸ ebenda.

⁶⁹ *ESS*; 2003; S. 3.

⁷⁰ vgl. *Götz*; 2004.

⁷¹ *ESS*; 2003; S.3.

⁷² vgl. *Cameron*; 2003; offiziell neutrale Staaten sind Österreich, Irland, Dänemark und Schweden.

dass „conflict prevention and threat prevention cannot start too early“⁷³. Die erste Verteidigungslinie für die Union liegt also im Ausland. Problem ist, dass es eine Verbindung zwischen den Themengebieten „humanitarian intervention, the increasing problem of how to deal with failed states, the enormous challenges in any effort of state building, the tendency of terrorists to seek 'safe havens' or training grounds in certain areas“⁷⁴ und der Weiterverbreitung von WMD gibt. Diese komplexen Probleme bedürften einer Vielzahl unterschiedlicher Instrumente, mit denen die EU-Staaten, nach Ansicht des Solana-Papiers, „particularly well equipped“⁷⁵ sind.

Ein wichtiger Punkt im Solana-Papier ist das Bestreben in der unmittelbaren Nachbarschaft eine stabile politische Situation zu erreichen, was durch die Erweiterung der EU ein noch dringenderes Anliegen geworden ist.

Das Papier unterstreicht die Notwendigkeit sich multilateral einzuordnen und internationales Recht zu akzeptieren, wobei „the fundamental framework for international relations [...] the United Nations Charter“⁷⁶ sei. Die EU setzt also auf eine weitere Stärkung gut funktionierender internationaler Institutionen, wie den Vereinten Nationen, der WTO usw., anstatt eines möglicherweise von den USA bevorzugten „Multilateralismus à la carte“⁷⁷.

Als Folgerung wird gezogen, dass eine strategische Kultur erforderlich ist, die frühe, schnelle und wenn notwendig auch robuste Interventionen ermöglicht, was den militärischen wie auch den zivilen Bereich betrifft. Weiterhin wird im Solana-Papier darauf hingewiesen, dass „a European Union which takes greater responsibility and which is more active will be one which carries greater political weight“⁷⁸.

Bei allen Bestrebungen nach einer größeren Rolle Europas in der Sicherheitspolitik bleibt das Papier der Ansicht, dass „the transatlantic relationship is irreplaceable“⁷⁹. Dabei bleibt zwar der Dissens zwischen der EU und der USA unerwähnt, was beispielsweise den von den Europäern forcierten Kyoto-Prozess oder die Errichtung des IStGH betrifft, aber „es ist eine Art des Understatement, wenn Solana feststellt, dass die Entwicklung einer neuen Partnerschaft mit den USA eine der wichtigsten

⁷³ *ESS*; 2003; S. 6.

⁷⁴ *Bildt*; 2003; S. 7.

⁷⁵ *ESS*; 2003; S. 7.

⁷⁶ *ESS*; 2003; S. 9.

⁷⁷ *Cameron*; 2004; S. 47.

⁷⁸ *ESS*; 2003; S. 11.

⁷⁹ *ESS*; 2003; S. 13.

Herausforderungen für die EU darstellt⁸⁰. Während im Sicherheitspapier zwar die Notwendigkeit aufgezeigt wird strategische Partnerschaften mit Ländern wie Kanada und Indien aufzubauen, so taucht die Türkei nicht auf. Dies erstaunt, da der Beitritt der Türkei ja aus primär sicherheitspolitischen Gründen favorisiert wird.

Das Solana-Papier ist zwar einerseits ein „wichtiger Meilenstein bei den Bemühungen der EU, eine glaubwürdige Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln“⁸¹, aber es zeigt andererseits auch, dass die EU bisher nicht in der Lage ist dem Anspruch einer globalen Macht mit klar definierten eigenen Interessen und Ordnungsvorstellungen zu begegnen.

Kramer weist auch darauf hin, dass es noch „zahlreiche ungeklärte Fragen inhaltlicher wie institutionell-prozeduraler Art“⁸² gäbe.

Zumindest auf die Frage, wie die GASP institutionell weiter aufgebaut werden kann hat der noch nicht von den Mitgliedsstaaten ratifizierte Verfassungsentwurf Antworten gefunden, der von Staats- und Regierungschefs der 25 Mitgliedsstaaten im Sommer 2004 verabschiedet wurde.

Im Verfassungsvertrag ist der Posten eines Europäischen Außenministers (Artikel 27 Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE)) vorgesehen. Außerdem gibt es eine kollektive Verteidigungsklausel (Artikel 40, Absatz 7 VVE), welche die Möglichkeit der Errichtung eines verteidigungspolitischen Kerns in der EU schaffen würde. Besondere Bedeutung kommt nach Meinung *Varwicks* der Plan einer strukturierten sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit einer Gruppe von Mitgliedsstaaten (Artikel 40, Absatz 6 VVE) zu.⁸³

Auf diesem Wege soll das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit auch auf die ESVP ausgeweitet werden, was in Nizza noch am britischen Widerstand gestoßen war. Bis zur Ratifizierung des Vertrages durch alle 25 EU- Mitgliedsstaaten bildet der Vertrag von Nizza die Handlungsgrundlage der GASP und der ESVP. Neben den eher allgemeinen Formulierungen des Solana-Papiers in Hinblick auf das zukünftige Erscheinungsbild der GASP/ ESVP besteht das Problem, dass sich die EU-Mitgliedsstaaten „zur Zeit noch in einem fortdauernden Prozess der Bestimmung ihrer Grundlagen“⁸⁴ befinden.

⁸⁰ *Cameron*; 2004; S. 47.

⁸¹ *Cameron*; 2003; S. 45.

⁸² *Kramer* (1); 2004; S. 45.

⁸³ vgl. *Varwick*; 2004.

⁸⁴ *Kramer* (1); 2004; S. 45

Für den Bereich der ESVP bleibt festzuhalten, dass seit 1999 institutionelle und organisatorische Veränderungen „schnell vorangetrieben“⁸⁵ wurden; aber verglichen mit anderen Gebieten der EU-Integration befinden sich diese Entwicklungen noch in den Anfängen, denn die Verteidigungspolitik wird immer noch stark als souveränes, nationalstaatliches Instrument genutzt.

Nach dem Vertrag von Nizza im Dezember 2000 wurden folgende der ESVP zuarbeitende Gremien eingerichtet:

- Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) soll im Auftrag des Rates Vorschläge für die weitere Entwicklung der ESVP und, unter Rückgriff auf die Expertise des Militärausschuss, konkrete Maßnahmen ausarbeiten. Dem PSK kann auch die Leitung von Operationen übertragen werden.
- Der Militärausschuss der EU (EUMC), der wie der NATO- Militärausschuss von den Generalstabchefs der Mitgliedsstaaten gebildet wird.
- Der Militärstab der EU (EUMS), der auf Ebene der Generaldirektion im Sekretariat des Rates angesiedelt ist. Dem EUMS obliegen alle konkreten militärischen Aufgaben von der Frühwarnung bis hin zur Planung von Übungen und Einsätzen sowie die Formulierung von Anforderungen an Größe und Ausstattung zu entsendender Truppenteile.

Es hat auch konkrete Zusagen seitens der Mitgliedsstaaten gegeben, wie etwa die Verpflichtung zum Helsinki-European-Headline-Goal, einem Abkommen, welches die Mitglieder verpflichtet, bestimmte Kontingente für europäische Militäraktionen zur Verfügung zu stellen. Die EU hat Verantwortung für die Friedensmission in Mazedonien und Bosnien übernommen sowie mit der Operation Artemis unter französischer Führung dem Wunsch der UN entsprochen, den Ost- Kongo zu stabilisieren, und damit „successfully (...) its first long- range operation“⁸⁶ durchgeführt hat. Mit Blick auf die einzelnen Mitgliedsstaaten zeigt sich seit 1999 ein noch größerer Wandel.

Giegerich und *Wallace* stellen in einer Analyse fest, dass die europäischen Staaten bei militärischen Operationen im Ausland quantitativ äußerst gut vertreten sind. Obwohl dies in der europäischen Öffentlichkeit nicht registriert werde, habe es ein „remarkable increase in the scale, distance and diversity of external operations by European forces“⁸⁷ gegeben. Wie der „Military Balance“ des International Institute for

⁸⁵ *Gareis/ Klein*; 2003; S. 1.

⁸⁶ *Giegerich/ Wallace*; 2004; S. 163.

⁸⁷ *Giegerich/ Wallace*; 2004; S. 164.

Strategic Studies (IISS) zu entnehmen ist, wurden in den vergangenen Jahren zwischen 50.000 und 60.000 europäische Soldaten außerhalb der Grenzen der EU eingesetzt. Bei Hinzunahme der europäischen Staaten, die nicht in der EU, aber in der NATO Mitglied sind, steigt diese Zahl auf 70.000. Im Jahr 2004 erreicht die Anzahl der Soldaten, vor allem auch durch den massiven Einsatz der Engländer im Irak, nahezu 90.000 Soldaten.⁸⁸

Die Probleme bei der Fortentwicklung der ESVP haben aber nicht eine quantitative, sondern vor allem eine qualitative Dimension. So gibt es Probleme den Anforderungen an militärischer Ausrüstung gerecht zu werden, wie etwa die fehlenden Aufklärungs- und Transportfähigkeiten deutlich machen.

Die ESVP bleibt deshalb trotz organisatorischer und institutioneller Änderungen nicht durchschlagkräftig. Ebenso wie der gesamte Bereich der auswärtigen Beziehungen der EU, bleibt die ESVP zudem den komplizierten Verfahren der intergouvernementalen Abstimmungen zwischen den Mitgliedsstaaten unterworfen und somit schwerfällig.

Der Frage, inwieweit die Aufnahme der Türkei in die EU an dieser Lage etwas ändern könnte und der ESVP neuen Antrieb geben könnte, wird im Folgenden nachgegangen. Dafür ist es zunächst notwendig die bisherige Rolle der Türkei in der euro- transatlantischen Sicherheitsarchitektur zu untersuchen, was im folgenden Teilkapitel geschieht.

3.3. Die Rolle der Türkei in der euro- transatlantischen Sicherheitsarchitektur

Als Mitglied des Europarates, der NATO, OECD und OSCE ist die Türkei institutionell mit Europa verbunden.⁸⁹ Vor allem durch die Westeuropäische Union (WEU) ist die Türkei in der Vergangenheit an die europäischen Staaten und deren Sicherheitspolitik angebunden gewesen.

Ankaras Pläne zum Beitritt zur EU haben insbesondere durch die USA „strong backing“⁹⁰ erhalten und der US-Präsident Georg W. Bush hat mehrfach öffentlich das türkische Anliegen unterstützt. Dies hat verschiedene historische Gründe, die ihre Wurzeln in der bis dato engen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten haben. Die Türkei ist über vier Jahrzehnte als Verbündeter in der

⁸⁸ vgl. IISS; 2004.

⁸⁹ vgl. *Ministry of Foreign Affairs of the Rep. of Turkey*; 2001.

NATO für Europa sehr wichtig gewesen. In der Zeit des Kalten Krieges wurde die Türkei als „Südostpfeiler der NATO“⁹¹ bezeichnet. *Barkey* begründet die enge Zusammenarbeit unter anderem auch damit, dass vor dem Einmarsch der US-Truppen in den Irak die Türkei als „potential platform for the projection of U.S. power“⁹² gegenüber dem Irak und dem Iran fungierte. Seitdem die Amerikaner eigene Basen im Irak haben ist diese Rolle entfallen.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des kommunistischen Systems ist die Bedeutung der Türkei für die EU zunächst gesunken. *Liel* weist darauf hin, dass „it is argued that Turkey has lost, to some extent, the luxury of using its strategic importance for its membership bid“⁹³. Dennoch ist die Türkei aus strategischer Sicht wichtig für die Verbündeten geblieben. Im Kern hat sich dies bis heute nicht geändert. Der internationale Rahmen der türkischen Sicherheit besteht fort; seine Bedeutung liegt aber weniger im Verhältnis zu Europa, als zu den USA.

Rühl schreibt, dass die europäische Verbindung für die Türkei ökonomisch und politisch wichtig sei, das Interesse sei jedoch „vital, solange der Mittlere und Nahe Osten nicht zuverlässig befriedet ist und die Verhältnisse in der Region nicht zum Vorteil der Türkei stabil sind“⁹⁴. Es sei auch mittelfristig nicht zu erwarten, dass sich die Sicherheitspolitik zugunsten der EU ändern würden. Im letzten Jahrzehnt hat dieser Trend eher zugenommen.

Es ist in den 90er Jahren eine größere Unabhängigkeit zwischen der Türkei und der EU entstanden, aber die Türkei „has been ascribed the role and function of a stabilizing element and model for the economic, social and political development of the countries in Central Asia, and the Middle East“⁹⁵. Die Türkei hat versucht eine Rolle als Regionalmacht zu übernehmen und die vielen militärischen Konflikte an ihren Grenzen haben sie zu einem Frontstaat an den Grenzen Europas gemacht. Ihre Bedeutung in regionalen Sicherheitsfragen ist deshalb auch unbestritten. Vor allem aber hat sich die Türkei für Europa als säkularer Staat gegen den islamischen Fundamentalismus bewährt und gerade dies macht die Türkei heute wieder so interessant und eine Mitgliedschaft der Türkei zur EU wieder aktuell. Dies ist nicht zuletzt auf die Terroranschläge des 11. Septembers und die Rolle der Türkei als

⁹⁰ *Teitelbaum/ Martin*; 2003; S. 97.

⁹¹ *Gumpel*; 2004; S. 303.

⁹² *Barkey*; 2003; S. 1.

⁹³ *Liel*; 2002; S. 188.

⁹⁴ *Rühl*; 2004; S. 18.

⁹⁵ *Liel*; 2002; S. 188.

Partner im „Kampf gegen den Terror“ zurückzuführen.⁹⁶ Aus dieser Perspektive „Turkey has become an even more important front zone country than it had before in many ways; it has the power to exemplify a role on periphery of Europe“⁹⁷.

Rühl schlägt deshalb vor, dass, „unabhängig von einer Aufnahme in die EU“⁹⁸, die Türkei an der ESVP und deren Krisenreaktion als externer Partner auch politisch und planerisch an den europäischen Entscheidungen beteiligt werden könnte und sollte. Um die Türkei als „Brücke zum Orient“ für europäische Sicherheitsinteressen nutzen zu können, müsste Ankara an allen politischen und militärischen Konsultationen der EU-Partner von Anfang an beteiligt sein, denn nur eine gründliche Verständigung könne, laut *Rühl*, zum Erfolg führen. Denn man müsse sich in diesem Rahmen auf gemeinsame Ziele, Mittel und Wege, über akzeptierte Risiken und Kosten, über die Dauer der Unternehmung und deren angestrebtes Resultat im Falle einer Eskalation oder eines notwendigen Abbruchs, einigen. Wenn dies gelinge, könne die Türkei auch unabhängig, ob als EU- Partner oder externer NATO-Partner, für europäische Interessen und Operationen nützlich sein. Dies ist auch schon heute sichtbar.

Die Türkei hat sich in der Vergangenheit an verschiedenen Friedensmissionen der Vereinten Nationen und der NATO beteiligt und auch Führungskompetenz gezeigt, wie zuletzt durch die Übernahme des Kommandos der International Security and Assistance Force (ISAF) in Afghanistan zwischen Juni und Dezember 2002.

Mit diesem Profil erscheint die Türkei als ein interessanter Partner für die ESVP.⁹⁹ Sollte sich die EU entscheiden im Nahen Osten aktiv zu werden, um beispielsweise eine Stabilisierung zu unterstützen, dann wäre eine Zusammenarbeit sinnvoll.

Die Frage bleibt offen, ob dafür eine EU-Mitgliedschaft notwendig ist, die gleichsam eine Aufnahme in die ESVP bedeuten würde.

Welche Auswirkungen ein solcher Schritt für die ESVP haben könnte, wird im folgenden Teilkapitel behandelt.

3.4. Die Türkei als ESVP- Mitglied

Für die Zusammenarbeit der seit Helsinki forcierten ESVP mit dem Nichtmitglied Türkei, bieten sich in konkreten Fällen ausreichende Vorkehrungen. Durch das sogenannte Berlin-Plus-Abkommen vom Europäischen Rat in Kopenhagen 2002 ist die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Allianz möglich und die

⁹⁶ vgl. Bagci/ Kardas; 2003.

⁹⁷ ebenda.

⁹⁸ *Rühl*; 2004; S. 119.

Übernahme der Mazedonien- Mission Concordia durch die EU unter der Beteiligung der Türkei war dafür ein gelungenes Beispiel.¹⁰⁰ Jedoch ist es der Türkei nicht gelungen eine ähnliche institutionelle und politische Stellung gegenüber den EU-Staaten zu bekommen, wie es noch innerhalb der WEU als assoziiertes Mitglied der Fall war.

An diesem Punkt muss genauer auf die Bedeutung der WEU in der ESVP eingegangen werden, die sich maßgeblich seit dem Nizza-Vertrag in ihrer Bedeutung geändert hat. Es wurde in Nizza beschlossen, dass die Rolle der WEU als integraler Bestandteil der EU wegfallen und die WEU nur noch eine Art „Restfunktion“¹⁰¹ erfüllen solle. Staaten, die nicht Vollmitglieder der WEU, sondern wie die Türkei nur ein assoziiertes Mitglied gewesen sind, mussten bei der Aushöhlung der WEU einen Statusverlust hinnehmen, den sie nicht über eine besondere Partnerschaft im Rahmen der NATO mit der ESVP kompensieren können.

In diesem Zusammenhang ist die Türkei für die EU nur ein Drittstaat, der ebenso wie beispielsweise Kanada, am ESVP-Engagement teilnehmen kann, aber nicht am Entscheidungsprozess mitwirkt. Damit bildet sie nur „einen schwachen Ersatz für die zum Erlöschen gekommene WEU-Praxis“¹⁰². Im Allgemeinen geht es dabei auch um die Frage, ob man das Modell ESVP zu einem offenen Gebilde macht, das Drittstaaten offen steht, oder sie ein auf die europäischen Kernstaaten begrenztes Konzept ist. Ein offenes Konzept würde auch die Möglichkeit einer langfristig stärkeren Einbindung der Türkei bieten.¹⁰³ Ausdruck für den Frust über diese Situation ist wohl auch die zeitweilige Blockade des Berlin-Plus-Abkommens durch die Türkei gewesen.

Dabei verfügt die Türkei über eine zahlenmäßig relativ große Armee. Laut der Military Balance umfasste das türkische Militär 2004 etwa 515.000 aktive Soldaten, wovon etwa 391.000 Soldaten Wehrpflichtige waren. Den größten Truppenteil stellte das Heer mit etwa 400.000 Soldaten.¹⁰⁴

Dennoch könnte die Türkei nach Einschätzung von *Kramer* nur einen begrenzten militärischen Beitrag zu ESVP-Operationen leisten. Die offenkundigen Probleme der ESVP in den Bereichen „weiträumige Mobilität, strategische Aufklärung und

⁹⁹ Öymen; 2001; S. 403.

¹⁰⁰ Durch das Berlin-Plus-Abkommen soll den europäischen Staaten die Möglichkeit eröffnet werden auf die Kapazitäten der NATO zurückzugreifen, um unnötige Duplizierung von militärischem Material zu verhindern.

¹⁰¹ Algieri; 2002; S. 590.

¹⁰² Kramer (1); 2004; S. 53.

¹⁰³ vgl. Cebeci; 1999.

¹⁰⁴ IISS; 2004; S. 58.

integrierte Führungsqualität“¹⁰⁵ könnte auch durch eine engere Kooperation nicht schnell behoben werden. Alleine die Truppenstärke reicht demnach nicht aus, um Defizite auszugleichen mit denen die ESVP momentan zu kämpfen hat. Auch das von türkischer Seite häufig zu hörende Argument, dass eine engere Kooperation mit der Türkei die Fähigkeit der EU nachhaltig verbessern und helfen würde in relativ kurzer Zeit zu einem, aus militärischer Sicht, weltpolitischen Dimensionen handelnden internationalen Akteur zu werden, wird von *Kramer* mit „erheblicher Skepsis“¹⁰⁶ bewertet. Weiter schreibt er, dass „angesichts weitgehend fehlender Komplementarität beider sicherheitspolitischer Dispositive [...] eine engere Kooperation oder Integration die vorhandenen, begrenzten Stärken vergrößern [würde], ohne zu einer Beseitigung der Schwächen zu führen“¹⁰⁷.

Daraus ergibt sich die Folgerung, dass bei einer Kooperation, wie etwa der EU-Vollmitgliedschaft, es nicht notwendigerweise zu einer Stärkung der EU als global player im militärischen Bereich kommen muss. Sicherheitspolitische Interessen der EU an der Türkei sind zwar zweifellos vorhanden. Der mögliche Beitrag der Türkei zur europäischen Sicherheit beschränkt sich jedoch nicht nur auf die geopolitische Bedeutung, als Mittler zwischen Ost und West, oder den möglichen Beitrag der Türkei zur ESVP. Für die EU müsste von der Türkei ein Plus im sicherheitspolitischen Bereich zu leisten sein, der nicht durch die NATO erfüllt wird. Dieses müsste zugleich nützlich und zuverlässig zu europäischen wie zu türkischen Bedingungen erbracht werden.

Somit bleibt festzuhalten, dass eine Aufnahme nützlich, aber nicht notwendig ist. Eine aufgrund der gemeinsamen Interessen wünschenswerte Zusammenarbeit könnte auch über die bisher bestehende NATO-Verbindung umgesetzt werden. Auch eine Ausgestaltung der ESVP als offenes, nicht auf die EU-Staaten begrenztes, Gebilde würde der Türkei eine Partnerschaftsperspektive öffnen.

Die Arbeit setzt sich im Folgenden mit der Frage auseinander welche Rolle die Türkei als politischer Akteur einnimmt und welche Konflikte inner- und außerhalb der Türkei im sicherheitspolitischen Bereich auftreten.

¹⁰⁵ ebenda.

¹⁰⁶ *Kramer* (1); 2004; S. 54.

¹⁰⁷ ebenda.

4. Die Türkei als politischer Akteur

Neben dem Argument, dass die Türkei einen bedeutenden Beitrag zur ESVP leisten kann wird das Argument angeführt, dass die Einbindung der Türkei als EU-Vollmitglied die EU zum weltpolitischen Akteur im sicherheitspolitischen Bereich machen würde. Zudem könne die Türkei eine Brückenfunktion in den islamischen Raum ausfüllen und ein islamischer Modellstaat für den Nahen- und Mittleren Osten sein. Um diesen Ideen folgen zu können werden im Folgenden innen- sowie außenpolitische Konflikte und Sicherheitsinteressen der Türkei betrachtet, die Aufschluss darüber geben sollen, ob die Erwartungen der Beitrittsbefürworter in diesem Bereich zutreffen.

4.1. Innenpolitische Konflikte und Sicherheitsinteressen

Zunächst gilt es zu klären, mit welchen innenpolitischen Schwierigkeiten die Türkei konfrontiert ist. Dabei werden in den folgenden Abschnitten besonders drei Themenfelder betrachtet. Dazu wird das innerstaatliche System und die Geschichte wechselnder politischer Machthaber dargestellt, um dann auf die Kurdenproblematik und deren jüngste Entwicklungen einzugehen. Abschließend wird das Verhältnis zwischen den islamistischen Parteien und dem Militär sowie dessen Stellung in der türkischen Gesellschaft beleuchtet.

4.1.1. Das innerstaatliche System – wechselnde Machthaber

Die türkische Republik ist eine parlamentarische Demokratie, deren derzeitige geltende Verfassung westlichen Verfassungsmodellen ähnelt.¹⁰⁸

Der Präsident der Republik wird für sieben Jahre vom Parlament gewählt. Der Ministerpräsident und sein Kabinett hängen von der Unterstützung sowohl des Parlaments als auch des Präsidenten ab.

Schönbohm schreibt, dass der türkische Staatspräsident laut Verfassung über erheblich mehr Kompetenzen verfügt, als beispielsweise der deutsche Bundeskanzler.¹⁰⁹ Seine besondere politische Stellung läge aber auch darin, dass die Türkei durch „eine obrigkeitsstaatliche Mentalität“¹¹⁰ geprägt sei. Wenn der Staatspräsident etwas öffentlich fordere oder etwas verhindern wolle, so habe dies

¹⁰⁸ vgl. *Herz/ Steets*; 2001.

¹⁰⁹ vgl. *Schönbohm*; 2000.

erhebliches politisches Gewicht. Zudem sitzt er im Nationalen Sicherheitsrat und kann gegen Gesetze des Parlaments sein Veto einlegen, welches nur durch die absolute Mehrheit des Parlaments überwunden werden kann. Die Regierung kann auch Einfluss auf den Justizapparat nehmen, weswegen *Kramer* in diesem Zusammenhang von einem „Demokratisierungsproblem“¹¹¹ spricht.

Für das außen- und sicherheitspolitische Tagesgeschäft ist der Außen- bzw. Verteidigungsminister zuständig. Alle wichtigen Fragen der inneren und äußeren Sicherheit werden allerdings vom Nationalen Sicherheitsrat bestimmt. Hier treffen alle für die Sicherheitspolitik wichtigen Vertreter zusammen. Neben dem Präsidenten, dem Ministerpräsidenten und den Ministern für Äußeres, Verteidigung und Inneres sind auch die Spitzen der Militärführung und der Polizei vertreten. Dies verdeutlicht die, in der Verfassung nicht vorgesehene, herausgehobene Stellung des Militärs in der türkischen Politik.

Im November 2002 fanden die jüngsten Wahlen auf nationaler Ebene statt, welche zu einen Umbruch im politischen System führten. Am 3. November errang die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) 363 von 550 Sitzen im Parlament und wurde damit, obwohl zum ersten Mal überhaupt zur Wahl zugelassen, stärkste Kraft. Es ist jedoch nicht das erste Mal, dass sich eine Partei, die sich als islamische Partei versteht, in der Türkei durchsetzt. Aber die türkische Geschichte zeigt, dass die Wahl der AKP dennoch ein besonderes Ereignis war.

Die türkische Republik wurde 1923 unter der Führung von *Gazi Mustafa Kemal* (Atatürk) gegründet. Mit *Atatürk* begann eine „radikale Abkehr vom osmanischen Staats- und Gesellschaftssystem und des Islams auf die Politik“¹¹².

In den ersten Jahrzehnten der Republik gibt es gar keine islamische oder islamistische Partei. *Teitelbaum* und *Martin* weisen darauf hin, dass „Turkey a long history of struggle between modernizers and traditionalists in its government“¹¹³ habe, was sich auch an der Entwicklung von islamischen Parteien zeigen lasse. Die erst Anfang der 60er Jahre gegründete Nationale Ordnungspartei wurde nach einem Militärputsch 1971 verboten. Während der nächsten zwei Jahre herrschte ein Militärregime.

Deren Nachfolgepartei, die Nationale Heilspartei, wiederum gewann zwar bei der nächsten Wahl 1973 etwa 11% der Stimmen, aber sie wurde ebenso wie ihr

¹¹⁰ *Schönbohm*; 2000; S. 26.

¹¹¹ *Kramer* (2); 2004; S. 11.

¹¹² *Schönbohm*; 2001; S. 1.

Vorgängerin vom politischen Establishment als gefährlich für die Republik eingestuft. Dies hatte zur Folge, dass das Verfassungsgericht sie verbot. Zwischen 1980 und 1987 beherrschten die Militärs den türkischen Staat, nachdem ein von General *Kenan Evren* geführter Militärputsch gelang. Der Putsch erfolgte aufgrund bürgerkriegsähnlicher Zustände, wachsender Angst vor dem Einfluss der Islamisten und sich verschärfenden Problemen mit der kurdischen Minderheit.¹¹⁴

1983 zog sich das Militär aus der Regierung zurück. Die neue Partei *Anavatan Partisi* (ANAP, Mutterlandspartei) kam an die Regierung, welche liberale, nationalistische, sozialdemokratische und islamische Strömungen vereinte. Dennoch blieb das Parteiensystem instabil.

Der Nachfolgepartei der Nationalen Volkspartei, *Refah*, erging es ebenso wie ihrer Vorgängerin; 1991 wurde sie vom Verfassungsgericht verboten. 1997 kam es nach einer Kampagne des Militärs gegen den politischen Islam zu einem Regierungswechsel und Ministerpräsident *Erbakan* musste zurücktreten. Nach *Refah* wird die Partei *Fazilet* (Tugendpartei) gegründet, welche 2001 verboten wurde. Gemeinsam ist allen Parteien, dass sie von *Erbakan* geführt wurden, der auch nachdem er ein politisches Betätigungsverbot verordnet bekommen hat, die treibende Kraft der Bewegung blieb.

Nach dem Verbot der *Fazilet* entstand jedoch neben der neugegründeten *Saadet-Partei* (Glückseligkeitspartei) *Erbakans* auch die *AK-Partei* (Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei) unter der Führung des ehemaligen Bürgermeisters von Istanbul *Tayyip Erdogan*, der vorher Mitglied der *Refah* und *Fazilet* war. Der Sieg der *AKP* war zum einen auf die Unfähigkeit der Vorgängerregierung zurückzuführen die tiefe Wirtschaftskrise 2001 zu überwinden, und zum anderen sprach sie sich für den EU-Beitritt des Landes aus und war auch die einzige politische Kraft, die nicht durch ihre Beziehungen zur alten Staatselite „kompromittiert“¹¹⁵ gewesen ist.

Der Bericht der Kommission über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum möglichen EU-Beitritt listet auf, dass die neue Regierung zusammen mit der wichtigsten Oppositionspartei (*CHP*), zahlreiche Reformen verabschiedet hat.¹¹⁶

Obwohl erst zwei Jahre im Amt konnte die Regierung aufgrund der einzigartigen Machtverhältnisse im Parlament verfassungsändernde Gesetze durchbringen, die eine Beschneidung der Rechte des Militärs sowie die Billigung verschiedener

¹¹³ *Teitelbaum/ Martin*; 2003; S. 110.

¹¹⁴ vgl. *Herz/ Steets*; 2001.

¹¹⁵ *Keyder*; 2004; S. 285.

kultureller Rechte für die kurdische Bevölkerung beinhalten. Erwähnenswert ist, dass dieser Reformprozess, laut *Erdogan*, unbeirrt fortgesetzt würde, selbst wenn sich die EU nicht für eine Vollmitgliedschaft der Türkei aussprechen sollte.¹¹⁷

Seit die neue Regierung an der Macht ist, hat sie verschiedene Reformprojekte initiiert, die helfen sollen, den Konflikt mit der kurdischen Minderheit im Land zu entschärfen, worauf im folgenden Abschnitt eingegangen wird.

4.1.2. Konfliktfelder in Anatolien

Bei den jüngsten Lokalwahlen Ende März 2004 im Südosten der Türkei konnte sich die AKP ebenfalls durchsetzen. Sie regiert nun sieben der vierzehn großen Städte der hauptsächlich von Kurden bewohnten Region. Während der Wahlen wurden sieben Kandidaten getötet, was zeigt wie instabil die Situation in Anatolien ist, wo der Großteil der Kurden lebt, die rund 20% der türkischen Gesamtbevölkerung ausmachen.¹¹⁸ Rechtliche Reformen in den letzten Jahren, um der kurdischen Mehrheit mehr kulturelle Eigenständigkeit zuzugestehen und ihre Menschenrechte zu stärken, „have met staunch resistance from courts and the military“¹¹⁹. Dabei muss auf die generelle Tatsache verwiesen werden, dass für eine Mentalitäts- und Bewusstseinsänderung in der politischen, bürokratischen und militärischen Elite eine gewisse Zeitdauer notwendig ist. Gesetze lassen sich relativ schnell ändern, sofern eine parlamentarische Mehrheit und der politische Wille vorhanden sind. Aber eine dem Geiste der Gesetze entsprechende Umsetzung ist nur dann garantiert, wenn sich die Einstellung derer ändert, welche die Gesetze anwenden. *Schönbohm* verweist auch darauf, dass die Türkei ein „großes Defizit bei der Umsetzung und Anwendung der bestehenden Gesetze“ habe, die „häufig genug je nach Opportunität streng, milde oder gar nicht angewandt“¹²⁰ würden. Aufgrund des wirtschaftlichen, politischen und administrativen Entwicklungsstandes im Osten der Türkei sei dieses Defizit besonders prekär. Dort gibt es trotz der Reformbemühungen der letzten Jahre starke ungelöste Konflikte, die ihren Ursprung in der historischen Entwicklung der Region haben.

¹¹⁶ vgl. EU-Kommission; 2004.

¹¹⁷ Es wird auf einen Vortrag von *Erdogan* vor der Friedrich- Ebert- Stiftung am 3. September 2003 in Berlin verwiesen; vgl. *Winkler*; 2004.

¹¹⁸ *Fischers Weltatlas*; 2004; S. 433.

¹¹⁹ *Oxford Analytica*(3); 2004; S. 1.

¹²⁰ *Schönbohm*; 2000; S. 33.

Die Auseinandersetzung zwischen den Kurden und dem türkischen Staat, die in den letzten Jahrzehnten zwischen dem türkischen Militär und der Parti-ye Kerkaran-î Kürdistan¹²¹ (PKK), nun KONGRA-GEL, stattgefunden haben, sind noch immer sichtbar. Während des mehr als zwanzigjährigen Konfliktes starben über 30.000 Menschen, 3.548 Dörfer wurden im Rahmen des Kampfes gegen die PKK entleert und zum großen Teil zerstört.¹²²

Die hauptsächlich kurdisch bevölkerten Provinzen des südöstlichen Anatoliens sind die ärmsten in der ganzen Türkei mit einem GDP¹²³ pro Einwohner, das weniger als 70% des nationalen Levels entspricht. Aufgrund des bewaffneten Konfliktes zwischen kurdischen Separatisten und türkischen Sicherheitskräften sowie des Baus von massiven Wasserdämmen für das Southeast-Anatolia-Project, wurden über zwei Millionen Kurden umgesiedelt. In diesen kurdischen Provinzen haben sich daraufhin Slums gebildet, in denen die Infrastruktur mangelhaft und Arbeits- oder Beschäftigungsmöglichkeiten kaum vorhanden sind.

Die allgemeine Situation in den anatolischen Provinzen hat sich dennoch trotz der oben bezeichneten Turbulenzen während der Wahlen und des Irak Krieges allgemein stabilisiert. Diese Entwicklung wurde auch durch politische Maßnahmen flankiert. Präsident *Sezer* unterzeichnete am 05.08.2003 ein für sechs Monate gültiges Amnestiegesetz für Rebellen der PKK, das auch vom Parlament verabschiedet wurde.¹²⁴ Dies war vor allem an die rund 5000 PKK- Rebellen gerichtet, die sich seit 1999 in Lagern im Nordirak aufhalten. Der türkische Generalstaatsanwalt beantragte am 25.04.2004 ein Verbot der Kurdischen Demokratischen Volkspartei (Hadep), weil sie als politischer Arm der verbotenen PKK gilt.

Seit Mai 2004 wurden bei bewaffneten Zusammenstößen im Südosten der Türkei mindestens 20 Personen getötet, wobei die türkische Armee in diesem Zusammenhang von Infiltrationen bewaffneter PKK- Rebellen aus dem Nordirak berichtete. Eine inzwischen in Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) umbenannte Fraktion der PKK ist zwar zur Aufnahme des Kampfes bereit, weil nach ihrer Ansicht die türkische Regierung ihre Versprechen zur Verbesserung

¹²¹ Die PKK (Kurdische Arbeiterpartei) ist eine nicht stammesgebundene Organisation, die nationalen und marxistischen Theorien anhängt und in der Vergangenheit die Bildung eines eigenen kurdischen Staates gefordert hat.

¹²² vgl. *Gumpel*; 2004.

¹²³ GDP *gross domestic product* entspricht dem BIP, Bruttoinlandsprodukt.

¹²⁴ *Fischers Weltatlas*; 2004; S. 435.

von kulturellen Rechten nicht einhält, aber zwei andere Fraktionen begaben sich aus Protest zu dieser Entscheidung in Obhut der USA im Irak und nach Syrien. Dass der PKK momentan der Rückhalt in der kurdischen Bevölkerung für eine bewaffnete Durchsetzung ihrer Ziele fehlt, zeigte eine Demonstration am 13.06.2004 in der Stadt Diyarbakir wo Tausende ein Ende des bewaffneten Kampfes forderten¹²⁵, was nach Meinung mehrerer Autoren auf die mögliche EU-Mitgliedschaftsperspektive und die damit einhergehenden Reformen zurückzuführen ist.

Im Gegensatz zu den Kurden im Iran und in Syrien gab es bei den türkischen Kurden während der Spannungen im Nordirak infolge des Einmarsches der US-Truppen zwischen Turkmenen, Kurden und Arabern keine Solidaritätsaufrufe.

Die PKK Kader in der Türkei stehen den auf Stammeszugehörigkeit basierenden Kurdenparteien im Nordirak eher ablehnend gegenüber, weshalb von ihnen auch keine Einmischung in die dortige Politik zu erwarten ist.¹²⁶

Die Anbindung an die EU eröffnet der kurdischen Minderheit in der Türkei die Chance mehr Rechte zu erlangen. Nicht zuletzt durch die Foltervorwürfe der EU wird sich die Situation wohl verbessern, aber „the key to its stability and security is effective implementation of legal reforms expanding Kurdish civil and cultural rights“¹²⁷.

Wie bereits oben erläutert bietet das wirtschaftlich unterentwickelte Anatolien einen idealen Nährboden für Extremisten, was 2003 mehrfach deutlich wurde.

Die Türkei wurde in diesem Jahr Ziel verschiedener Selbstmordanschläge, die zwar nicht von Anhängern der PKK durchgeführt wurden, aber deren Akteure aus der südöstlichen Türkei kamen und islamistischen Terrororganisationen zugerechnet wurden. Dabei ist interessant, dass die islamischen Terrororganisationen kein neues Phänomen sind. In den späten 80er und frühen 90er Jahren wurden diese Gruppierungen teilweise vom Staat geduldet und gezielt gegen die „pro-kurdische PKK instrumentalisiert“¹²⁸. Mit den Terroranschlägen meldeten sich diese Gruppen zurück. Die Welle der Gewalt begann am 15.11.2003 mit zwei zeitgleichen Selbstmordattentaten auf Synagogen in Istanbul, bei denen 25 Personen getötet und über 300 verletzt wurden.¹²⁹ Die beiden Attentäter wurden von der Polizei als türkische Islamisten identifiziert, die der 1984 gegründeten Front der Vorkämpfer des

¹²⁵ ebenda.

¹²⁶ vgl. *Oxford Analytica*(3); 2004.

¹²⁷ *Oxford Analytica*(3); 2004; S. 2.

¹²⁸ *Seufert*; 2004; S. 10.

¹²⁹ vgl. *Fischers Weltatmanach*; 2004.

Großen Islamischen Oriens (IBDA-C) angehört haben sollen. Man vermutet jedoch auch Verbindungen zur Al-Qaida. Am 20.11.2004 forderten zwei weitere Selbstmordanschläge auf das britische Konsulat 32 Menschenleben und rund 450 Menschen wurden verletzt. Nach Angaben der Polizei waren die Attentäter kurdischer Abstammung und kamen aus einer Kleinstadt in Südostanatolien.

In dem wirtschaftlich desolaten Umfeld der Region fällt es kurdischen Nationalisten und islamischen Terroristengruppen wie der Hisbollah oder der IBDA-C weiterhin leicht Anhänger zu finden. In einem Hintergrundgespräch erklärt *Kramer*, dass die IBDA-C jedoch keine in der Gesellschaft verankerte und unterstützte Bedrohung darstellt. Vielmehr ist ihr Kontext, wie auch *Rühl* schreibt, „international, orientalistisch und islamisch“¹³⁰. Neben der IBDA-C gibt es jedoch, wie *Kramer* schildert, noch weitere extremistische Gruppen, die sich unter anderem im Tschetschenien Konflikt engagieren.

4.1.3. Der politische Islam und das Militär

In der Debatte um den EU- Beitritt der Türkei spielt Religion in zweierlei Hinsicht eine Rolle, denn während in der öffentlichen Diskussion der muslimische Charakter des Landes betont wird, taucht das Thema Religion in den offiziellen Stellungnahmen der Europäischen Union nur im Zusammenhang mit Fragen der Religionsfreiheit auf.¹³¹

Seufert zeigt auf, dass „die Kombination von staatlicherseits autoritär durchgesetztem Laizismus, dem Wachstum religiös- muslimischer Parteien und der Benachteiligung nicht- muslimischer Minderheiten“¹³² von vielen als Beweis dafür gesehen werde, dass der Islam sich gegen den Laizismus durchsetze und so weder Säkularismus noch Toleranz gegenüber Andersgläubigen möglich sei.

Seufert widerspricht dieser Auffassung, indem er sagt, dass sich Religionsfreiheit und eine säkulare Ordnung in unterschiedlichen Modellen realisieren lassen; so würden etwa der französische Laizismus, die englische Staatskirche und das deutsche Konkordatsystem ebenfalls nicht in Frage gestellt werden, obwohl sie sehr unterschiedliche Ansätze verfolgten. Dies dürfe jedoch nicht als Vorwand gelten, um weitere notwendige Liberalisierung, Verrechtlichung und Gleichbehandlung unterschiedlicher Konfessionen abzuschwächen.

¹³⁰ *Rühl*; 2004; S. 16.

¹³¹ vgl. *Seufert*; 2004.

Im Gegensatz zu den bisherigen islamischen Parteien bekennt sich die AKP zu den Atatürkischen Prinzipien und zum säkularen Staat.¹³³ In der Vorgängerpartei der AKP, der Tugendpartei, hatte es im Jahr 2000 heftige Flügelkämpfe zwischen „der alten islamistischen Garde Erbakans und reformistischen Neuerern“¹³⁴ unter Führung von *Erdogan* und dem jetzigen Außenminister *Gül* gegeben. Dabei konnten sich die Neuerer nicht durchsetzen. *Erdogan* selbst wird auch als „Kronprinz“¹³⁵ Erbakans beschrieben, was eine ideologische Nähe zwischen dem als Islamisten bezeichneten Parteichef und dem jetzigen Premierminister vermuten lässt. Im März 1999 wurde die Tugendpartei wegen Verstoßes gegen den Laizismus vom Verfassungsgericht verboten. Es gibt eine Debatte darüber, inwieweit sich die AKP Führung tatsächlich von den Ansichten ihrer Vorgänger gelöst haben. Auch *Schönbohm* schreibt bezogen auf Premierminister *Erdogan*, dass die Frage inwieweit dieser einen politischen Gesinnungswandel durchgemacht habe schwer zu beurteilen und auch sehr umstritten sei.¹³⁶

Bassam Tibi äußert in einem Interview Verwunderung über die positive Reaktion der deutschen Bundesregierung auf den Wahlsieg der AKP. *Tibi* erklärt, dass „*Erdogan* und sein Stellvertreter *Abdullah Gül* [...] ebenso Islamisten wie ihr Ziehvater *Erbakan*“¹³⁷ seien. *Wagener* wiederum befürchtet, dass durch die von *Erdogan* geförderten schariatischen Strukturen in- und außerhalb der Türkei jene Form des Islams begünstigt wird, auf dem radikales Gedankengut entsteht. Bei einem baldigen Beitritt der Türkei würde dies „nicht zu einer Schwächung, sondern zu einer Stärkung des Islamismus beitragen“¹³⁸.

Leggewie beschreibt die Debatte um die Entwicklung des politischen Islams in der Türkei mit Blick auf das Assoziierungsabkommen von 1963 folgendermaßen: „Die Ironie der Geschichte der vergangenen vierzig Jahre besteht darin, dass sich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mittlerweile zu einer politischen Union und die Türkei zu einer wieder stärker islamischen Republik entwickelt haben“¹³⁹.

¹³² *Seufert*; 2004; S. 5.

¹³³ *Atatürk* definierte die Ziele der türkischen Politik als Säkularisierung im Inneren und Anbindung an „Europa“ im Äußeren; vgl. *Herz/Steets*; 2001.

¹³⁴ *Seufert*; 2004; S. 10.

¹³⁵ *Isik*; 2004; S. 1.

¹³⁶ vgl. *Schönbohm*; 2001.

¹³⁷ *Wagener*; 2004; S. 1.

¹³⁸ *Wagener*; 2004; S. 3.

¹³⁹ *Leggewie*; 2004; S. 12.

Damit hätte sich nach seiner Ansicht eine „gänzlich andere Geschäftsgrundlage“¹⁴⁰ gebildet.

Tatsächlich hat es seit den 70er Jahren eine nachhaltige Re-Islamisierung der türkischen Gesellschaft gegeben und seit Mitte der 80er Jahre wird dem auch Rechnung getragen, indem beispielsweise der obligatorische Religionsunterricht wiedereingeführt wird und eine Rehabilitierung der „islamischen Moral“ forciert wird.¹⁴¹

In Bezug auf die AKP gibt es also unterschiedliche Meinungen, was deren Ziele sind. Unumstritten ist alleine der Befund, dass sie ihren Ursprung in vormals vom Verfassungsgericht verbotenen islamistischen Parteien hat. Logischerweise impliziert dies, dass die AKP aus verschiedenen politisch geprägten Flügeln besteht, von denen sich bis dato der liberale durchsetzen konnte.

Seufert schreibt, dass die Motivation der muslimisch-konservativen Regierungspartei, trotz teils widersprüchlicher Entscheidungen, beispielsweise bei der Reformierung der Religionsverwaltung, „eher auf weltlich-pragmatischen als auf religiösen Zielen“¹⁴² beruht. Es gehe der AKP nicht um die Errichtung einer islamischen Ordnung sondern um eine Entbürokratisierung des religiösen Lebens und die Anpassung an europäische Standards. Trotz der islamistischen Wurzeln des Premiers wird *Erdogan* von keiner Seite vorgeworfen Sympathien für die Al-Qaida zu haben.

Seufert sieht im Militär einen Grund für das Ende des türkischen politischen Islam.

Die Beziehung zwischen der militärischen Führung und den islamischen und islamistischen Parteien kann als zumindest ambivalent bezeichnet werden, was auch die bereits erwähnten Staatsstrieche untermauern. Nach der Gründung der türkischen Republik bis in die heutige Zeit ist das Spannungsverhältnis zwischen säkularem Staat, als dessen Hüter sich die Armee versteht, und muslimischer Tradition „ein Dauerthema und ein Dauerproblem“¹⁴³. Ausdruck dafür sind vor allem größere Konflikte in der türkischen Geschichte zwischen den beiden Parteien. Wie *Liel* schreibt, „the official secular Turkey consistently refused to become involved in any alliance based on Islam, a mainstay of the Atatürk legacy“¹⁴⁴ bis 1969. Von da an gab es einen Umschwung, was auch an der außenpolitischen Ausrichtung der

¹⁴⁰ ebenda.

¹⁴¹ vgl. *Herz/ Steets*; 2001.

¹⁴² *Seufert*; 2004; S. 6.

¹⁴³ *Schönbohm*; 2001; S. 1.

¹⁴⁴ *Liel*; 2001; S. 137.

Türkei deutlich wurde. Beispiel dafür ist, dass die Türkei Anfang der 80er Jahre Mitglied der Islamischen Konferenz wurde, obwohl zuvor starke innerstaatliche Vorbehalte gegen eine Annäherung an die muslimischen Staaten vorhanden waren. Kritiker wie *Teitelbaum* und *Martin* warnen, dass „hasty EU- admission [...] would be a gamble, one that could go badly wrong - especially since reversal would not be an option“¹⁴⁵. Dabei spielen sie auf die Möglichkeit an, dass das türkische Militär, wie schon des öfteren geschehen, die Macht ergreifen sollte, wenn es das Gefühl hat „the country is threatened by resurgent Islamists“¹⁴⁶. Sollte also eine islamistische Regierung an die Macht kommen, so wären die europäischen Regierungen mit einem schier unlösbaren Dilemma konfrontiert. Entweder sie unterstützten einen Staatsstreich des Militärs oder sie akzeptierten ein islamistisches Regime in ihrem größten Mitgliedsstaat.

Die Stellung des Militärs in der türkischen Gesellschaft ist nicht nur durch ihre Vertretung im Nationalen Sicherheitsrat außergewöhnlich. Wie *Rouleau* schildert, „the armed forces have always occupied a privileged place on Turkey's political landscape, under the republic no less than in Ottoman times“¹⁴⁷. Ausdruck dafür ist auch, dass von den zehn Präsidenten seit der Gründung der Republik 1923 sechs hochrangige Offiziere gewesen sind. Seit 1960 war das Militär an verschiedenen Putschen beteiligt, darunter auch vier erfolgreiche Staatsstreiche. Zuletzt stürzte die Militärführung 1997 die Regierung des als Islamisten bezeichneten Politikers *Erbakan*, der erst im Jahr zuvor die Regierung übernommen hatte. Der Sturz wird als 'postmoderner' Staatsstreich beschrieben, „because the troops never actually left the barracks: a thinly veiled ultimatum from the army high command sufficed to bring down the coalition government“¹⁴⁸.

Ironisch dabei ist, dass *Atatürk* selbst „unalterably opposed any intervention by the armed forces in the affairs of the state“¹⁴⁹. Trotz der energischen Einmischung des Militärs wie etwa 1997 wird die Rolle des Militärs nicht kritisiert, stattdessen gibt es „a widespread domestic acceptance of its initiative“¹⁵⁰ innerhalb der türkischen Bevölkerung, wie *Cooper* schreibt. Was in vielen Ländern „would be seen as an extremely dangerous history of illegal interventionism“¹⁵¹, hat in der Türkei andere

¹⁴⁵ *Teitelbaum/ Martin*; 2003; S. 111.

¹⁴⁶ ebenda.

¹⁴⁷ *Rouleau*; 2000; S. 102.

¹⁴⁸ *Rouleau*; 2000; S. 103.

¹⁴⁹ *Rouleau*; 2000; S. 104.

¹⁵⁰ *Cooper*; 2002; S. 119.

¹⁵¹ *Cooper*; 2002; S. 118.

Auswirkungen. Laut *Cooper* „the army has returned to its barracks on each occasion without widespread calls for its reform, and the military has actually retained its position as the most respected and admired institution in the country“¹⁵².

Für das hohe Prestige des Militärs gibt es verschiedene Gründe. So wird der Anspruch des Militärs, der Garant für den säkularen türkischen Staat zu sein, von der Bevölkerung anerkannt.

Das Militär bietet auch wie keine andere Institution die Möglichkeit sozial aufzusteigen. Die Ausbildung zum Offizier vollzieht sich nach strengen Regeln und man versucht dem Anspruch gerecht zu werden die türkische Elite zu bilden. Dazu gehört auch eine sehr früh ansetzende Ausbildung der zukünftigen Offiziere. Kandidaten für eine Karriere bei der Armee werden nach strikten sozialen, politischen, intellektuellen und physischen Kriterien ausgewählt und schon im Alter zwischen 13 und 14 Jahren in die Obhut des Staates gegeben. Obwohl der Offizierskorps „might be classified as a small and closed elite that deliberately distances itself from many aspects of civilian life, the military itself is very much a popular institution and a core constituent of society“¹⁵³.

Rouleau schreibt, dass „endowed with a sacred mission, they naturally occupy the pinnacle of the state, and their prestige is unequalled in Turkish society“¹⁵⁴.

Das Verhältnis des stark in der Bevölkerung als politischer Akteur akzeptierten Militärs zu den islamischen oder islamistischen Parteien ist also seit der Gründung der Republik bis heute gespannt.

Dies zeigte sich auch Anfang Mai 2004, als der militärische Generalstab vor dem Parlament die Reform des Erziehungswesens kritisierte¹⁵⁵, da die Prinzipien des säkularen Staates unterhöhlt würden. Die Thematik des Umbaus des Erziehungswesens bildet „a long running point of friction - indeed it featured in the crisis in February 1997 which led to the fall of the previous Islamist-led government“¹⁵⁶. Das Parlament verabschiedete das Gesetz am 13.05.2004 zwar mit knapper Mehrheit, aber es wurde vom Präsidenten abgelehnt.¹⁵⁷ Obwohl

¹⁵² ebenda.

¹⁵³ *Cooper*; 2002; S. 119.

¹⁵⁴ *Rouleau*; 2000; S. 105.

¹⁵⁵ Das initiierte Hochschulgesetz soll Absolventen islamischer Religionsschulen den Zugang zu Universitäten erleichtern und der Regierung eine stärkere Kontrolle der Hochschul- Aufsichtsbehörde einräumen; vgl. *Fischers Weltalmanach*; 2004.

¹⁵⁶ *Oxford Analytica*(5); 2004; S. 1.

¹⁵⁷ vgl. *Fischers Weltalmanach*; 2004.

Spannungen zwischen der AKP-Regierung und dem Militär bis jetzt immer wieder bereinigt werden konnten, bleibt das Verhältnis bis heute angespannt.

Ein EU-Beitritt der Türkei ist unter den Militärs nicht sehr populär, da es um die Stärkung des Primates der Politik geht und somit logischerweise zu einer Beschneidung ihrer Macht führen wird. Dass diese Befürchtungen durchaus realen Hintergrund haben zeigte sich beispielsweise bei der Reform des bisher sehr mächtigen Nationalen Sicherheitsrates. Das Büro des Generalsekretariats des NSR wurde aufgrund eines neuen Gesetzes im Januar 2004 zu einem rein beratenden Gremium gestutzt, das fortan nur noch die Tagesordnung festsetzt. Außerdem wurde im August 2004 ein hoher Diplomat vom Präsidenten auf Vorschlag *Erdogans* als erster Zivilist zum Generalsekretär des NSR ernannt.¹⁵⁸

Oft auch von amerikanischer Seite unterstützt, haben die konservativen Kräfte im Militär gefordert, dass aufgrund der strategischen Bedeutung der Türkei laxere Regeln für den Beitritt zur EU gelten sollten.¹⁵⁹

Andererseits sind die Militärs bereit, den Beitritt zur EU zu unterstützen, da sie damit sowohl der Orientierung Atatürks folgen, der die Türkei nach Europa lenken wollte, und außerdem der EU zutrauen die Wächterrolle über den türkischen Staat zu übernehmen.

Die EU Kommission hat in ihrem Fortschrittsbericht im Oktober 2004 festgestellt, dass die Streitkräfte durch „eine ganze Reihe informeller Mittel weiterhin Einfluss“¹⁶⁰ auf die Politik ausüben. Bei mehreren Anlässen hätten Mitglieder des NSR in öffentlichen Reden, Stellungnahmen oder Verlautbarungen gegenüber den Medien ihre Meinung zu politischen, sozialen und außenpolitischen Angelegenheiten geäußert. Indiz für die Unsicherheit im Militär ist auch die Tatsache, dass die militärische Führung im Januar 2004 den Militärgeheimdienst und die Provinzregierungen damit beauftragte, Informationen einzuholen, welche öffentlichen Personen und Organisationen sich für einen EU-Beitritt des Landes aussprechen. Denn, so die Begründung, „all such persons and organisations could become involved in seperatists or subversive activities“¹⁶¹.

Somit bleibt festzuhalten, dass das Militär einerseits dafür gesorgt hat, offensichtlich gegen den Wählerwillen, islamistische Regierungen zu verhindern, aber andererseits durch die Bemühungen der Türkei zur EU zu gehören, an Macht verloren hat. Dies

¹⁵⁸ vgl. *EU-Kommission*; 2004.

¹⁵⁹ vgl. *Tocci*; 2003.

¹⁶⁰ *EU-Kommission*; 2004; S. 24.

hat sich noch nicht auf die gesellschaftliche Verankerung des Militärs oder ihre informelle Einflussgewalt ausgewirkt, aber langfristig wird der Primat der Politik wohl das Militär verdrängen. Es stellt sich die Frage, wer das Vakuum als Hüter des säkularen Staates dann füllen soll. Ob die Europäische Union als Akteur dazu in der Lage ist bleibt offen.

4.1.4. Zwischenergebnis

Es lassen sich folgende Schlüsse aus den innenpolitischen Konflikten und Sicherheitsinteressen der Türkei ziehen:

- Das türkische Parteiensystem ist nicht stabil, was mit Hinblick auf Länder wie beispielsweise Italien kein sicherheitspolitisches Problem darstellt. Die Rolle des Militärs und der vier erfolgreichen Staatsstriche verkompliziert diesen Sachverhalt jedoch.
- Während die PKK im Südosten des Landes an Unterstützung für militärische Aktionen verliert, was sich auch mit der durch die EU-Perspektive veränderten Position der kurdischen Minderheit erklären lässt, werden zunehmend Terrorgruppen, wie die IBDA-C, zum Sicherheitsproblem. Anders als bei den Terroranschlägen in Madrid handelt es sich bei den Attentätern von Istanbul nicht um Ausländer, sondern um türkische Islamisten, die zwar nicht national vernetzt, aber dennoch wirksam aktiv sind.
- Die neue AKP- Regierung hat ihren Ursprung in islamistisch ausgerichteten Parteien, weswegen nicht auszuschließen ist, dass in Zukunft der islamistische Flügel der AKP versuchen wird, seine Vorstellungen, wie etwa die Durchsetzung eines schariatischen Rechtssystems, durchzusetzen.
- Das Militär verliert die Rolle des Stabilisators, stattdessen ist ein Wandel zu einer eher religiös geprägten Gesellschaft erkennbar. Die Macht des Militärs wird durch die EU- Bestrebungen auch zukünftig weiter eingeschränkt werden, deshalb dürfte sich dieser Trend verstärken. Diese Entwicklung impliziert zwar nicht, dass die säkulare Grundordnung des Staatswesens zwangsweise erodieren muss, aber die EU müsste in der Lage sein, die Rolle des Stabilisators einzunehmen.
- Obwohl das Militär zunehmend isoliert und nach westlichem Verständnis der Gewaltenteilung notwendigerweise auf die Rolle des Befehlsempfängers gestützt

¹⁶¹ Vinci; 2004; S. 1.

wird, ist nicht zu erwarten, dass sich dieser Übergang, aufgrund der exponierten gesellschaftlichen Stellung des Militärs, ohne Probleme vollziehen wird.

Daraus lässt sich folgern, dass die Türkei kein islamischer Staat mit Vorbildfunktion ist und ihr deshalb eine Sonderrolle zufällt.

4.2. Außenpolitische Konflikte und Sicherheitsinteressen

Die Türkei grenzt an acht Staaten und vier Seen und verbindet Europa mit dem Mittleren Osten und Eurasien. Das Land ist die einzige säkulare Demokratie unter den über 50 Republiken mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung der Region. *Gökay* schreibt, dass „if you drew a circle with a 1.000- mile radius and Ankara at its center point, it would encompass both the strategic connection points of the Eastern Hemisphere and the trouble spots of political crisis since ancient times“¹⁶². Die verschiedenen Konfliktzonen, in denen sich die Türkei außenpolitisch bewegt, werden durch die 2.753 km umfassende Staatsgrenze definiert. So ist praktisch kein Abschnitt der Landesgrenzen, mit Ausnahme der westlichen Seite, ohne bezug zu einem Konfliktherd.¹⁶³

Während des Kalten Krieges lag der Fokus der geopolitischen Entscheidungen südlich der Türkei. Angefangen vom Südosten der Türkei über das Schwarze Meer bis zum Kaukasus fand ein kalter Krieg der Geheimdienste statt. Im Süden aber wurde aktiv Krieg ausgetragen. Die Hauptkonflikte waren die arabisch- israelischen Auseinandersetzungen, der Status des Libanon und die Kurdenfrage im Irak.

Diese Konflikte sind seit dem Ende des Kalten Krieges nicht gelöst, aber der Kollaps der Supermacht Sowjetunion hat nördlich der Türkei die Gründung verschiedener neuer politischer Systeme auf regionaler und internationaler Ebene hervorgerufen.

„The Black Sea- Caspian- Caucasus is one of the most important among them, not just in terms of its many crisis but also because of its natural and human resources“¹⁶⁴ schreibt *Aybak* und fügt hinzu, dass „this situation proceeds under complicated political and economic conditions, territorial and ethnic conflicts, and the competing interests of regional and global forces“¹⁶⁵. Vor allem in dieser Region, aber auch für das Verhältnis der Türkei zu den anderen Nachbarstaaten spielen

¹⁶² *Gökay*; 2001; S. 15.

¹⁶³ vgl. *Gumpel*; 2004.

¹⁶⁴ *Gökay*; 2001; S. 16.

¹⁶⁵ ebenda.

natürliche Ressourcen eine herausragende strategische Bedeutung. Im Folgenden wird zunächst auf diesen Aspekt eingegangen, da er als Grundlage für die anschließende bilaterale Analyse dient.

4.2.1. Die Bedeutung natürlicher Ressourcen - Wasser, Gas und Öl

In einem für die europäische Politik bisher unbekanntem Ausmaß beeinflussen die natürlichen Ressourcen, Wasser, Gas und Öl, die Politik der Türkei und ihrer Nachbarstaaten. Deshalb ist eine nähere Erläuterung notwendig, um die zwischenstaatlichen Beziehungen der Türkei in der Region nachvollziehen zu können.

Die Wasserproblematik ist ein „decisive factor“¹⁶⁶ in den Beziehungen der Türkei zu ihren Nachbarn, speziell zu Syrien und dem Irak. Die Türkei ist der einzige Staat im Mittleren Osten, der genug Wasserressourcen hat, um nicht nur seinen Eigenbedarf zu decken, sondern auch zu exportieren und damit die Wasserprobleme „that plague nations south of its borders“¹⁶⁷ zu lösen. Dies betrifft nicht nur die unmittelbaren Nachbarn, sondern auch Jordanien, Israel, die palästinensischen Gebiete, Saudi Arabien und andere Golf-Staaten.

Die Türkei hat in verschiedenen multilateralen Verhandlungen gezeigt, dass sie gewillt ist ihren „water-starved neighbors“¹⁶⁸ zu helfen und unter anderem das Projekt Peace-Pipeline initiiert. Die Idee ist dabei eine Pipeline zu bauen, welche die gesamte Region vom Süden der Türkei aus durch Syrien, den Libanon, Israel, Jordanien und Saudi-Arabien mit Wasser versorgt. Die Türkei spielt also eine Schlüsselrolle auf diesem strategisch sehr wichtigen Gebiet. Dies wurde unter anderem im Jahre 1990 deutlich, als die Türkei zum Bau des Atatürk-Staudamms den Zufluss des Euphrats für einen Monat sperrte und damit die Nachbarländer, dabei insbesondere den Irak, vor große Probleme stellte. Somit ist auch verständlich, dass die Wasserpolitik für die Türkei als „highly important national priority“¹⁶⁹ angesehen wird.

Verkompliziert wird die Situation durch die Verquickung der Wasserfrage mit einer weiteren Ressource des Mittleren Ostens, dem Öl.

¹⁶⁶ *Liel*; 2001; S. 20.

¹⁶⁷ ebenda.

¹⁶⁸ ebenda.

¹⁶⁹ *Liel*; 2001; S. 21.

So ließ der ehemalige Botschafter der Türkei in den USA 1990 seine arabischen Nachbarn wissen, dass die Türkei nicht die Absicht habe „of giving away its water, just as the Arabs were not giving away their oil“¹⁷⁰. Als in den 90er Jahren bekannt wurde, dass einige arabische Länder neue Raketenprogramme verfolgten, warnte der ehemalige Premierminister *Kamran Iman* seine Nachbarn: „They have missiles; we have water“¹⁷¹.

Die Türkei ist wie wenige andere Länder vom Ölexport seiner arabischen Nachbarn abhängig wie beispielsweise *Liel* in einer vergleichenden Studie zeigt. Dies ist unter anderem auf die Tatsache zurückzuführen, dass im Gegensatz zu Ländern wie Brasilien, Indien oder Japan, die Türkei nie nach anderen Öllieferanten außerhalb des Mittleren Osten gesucht hat.

Während die Türkei bis 1973 keine Schwierigkeiten hatte, den Ölimport zu finanzieren und mit den muslimischen Nachbarn umzugehen, wie dies den eigenen politischen und strategischen Vorstellungen entsprach, so veränderte sich die Situation nach der Ölkrise entscheidend. *Liel* stellt fest, dass „economics as a whole, including energy, had not played a major role in Turkey's foreign policy considerations“¹⁷². Die Ölkrise 1973 veränderte die türkische Agenda.

Die Türkei versuchte in den folgenden Jahrzehnten mit wechselhaftem Erfolg billiges Öl aus den Golfstaaten und dem Iran und Irak zu beziehen. Die Entwicklung der Öleinfuhren spiegelte die unterschiedlichen Phasen der politischen Orientierung der Türkei wider, die nun begannen. Wendete sich die Politik der Türkei eher den arabischen Staaten zu, dann floss auch das Öl ohne Probleme. Turbulenzen im Irak und die Revolution im Iran und das daraufhin ausbleibende Öl schaden der türkischen Wirtschaft dagegen erheblich.¹⁷³ Wie *Liel* schreibt, „politically, the decision to give Muslim oil producers preference over others as destinations for Turkish exports [...] gave more substance to Turkey's relations with those countries“¹⁷⁴.

In den vergangenen Jahren hat die Türkei neue Wege gesucht, um an natürliche Ressourcen wie Öl und Gas zu kommen und dabei spielt das Schwarze Meer und die Kaspische See eine herausragende Rolle. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ausscheiden dieses Machtblocks hat die Türkei mit Unterstützung der USA versucht dieses Machtvakuum zu füllen. Seit Anfang der 90er

¹⁷⁰ *Liel*; 2001; S. 22.

¹⁷¹ ebenda.

¹⁷² *Liel*; 2001; S. 182.

¹⁷³ vgl. *Liel*; 2002.

¹⁷⁴ *Liel*; 2002; S. 100.

Jahre bildeten sich sechs regionale pan-europäische Netzwerke, unter anderem die Black Sea Economic Cooperation (BSEC)¹⁷⁵, in der die Türkei nach einer Führungsrolle strebt. *Aybak* schreibt, dass „given the history of the Caspian Region and the existence of vast reserves of oil, what we are witnessing is, at present, the replay of the 19th century 'Great game' between global powers, multinational companies and regional states“¹⁷⁶, um Zugriff auf die Ressourcen der Region zu bekommen.¹⁷⁷

Aybak glaubt, dass die Öl- und Gasvorkommen in der Kaspischen See „will be one of the most crucial issues of this century“¹⁷⁸. Es wird geschätzt, dass die zu erschließenden Ressourcen alles außerhalb der Golfstaaten übertreffen. Dies löst Begehrlichkeiten unter den Anrainerstaaten und den Transitländern aus, zu denen die Türkei gehört.

4.2.2. Das Verhältnis der Türkei zu den New Independent States

Im Nordosten der Türkei liegen drei Staaten der New Independent States (NIS), die sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion von der Russischen Föderation getrennt haben. Dies sind die Staaten Georgien, Armenien und Aserbaidschan, die, laut *Halbach*, ein von Konflikten durchzogenes Labyrinth politischer Entitäten¹⁷⁹ bilden.

Ihre strategische Bedeutung besteht vor allem aufgrund ihrer geographische Lage, denn sie trennen die Türkei vom Kaspischen Meer und sind damit Teil des „Great Game“ um die natürlichen Rohstoffe.

Wie der türkische Botschafter in Großbritannien *Haktamir* bezüglich der eingangs erwähnten vorhandenen Öl- und Gasreserven feststellt, ist der südliche Kaukasus „an area of great potential opportunity and of great risk“¹⁸⁰.

Sezer kommentiert dies mit dem Hinweis, dass „the intensity of regional politics over the fate of the Caspian Sea's energy sources and its transportation to the world market [...] attests to the close interactivity between the politics and the

¹⁷⁵ andere Organisationen: Barents European Atlantic Council (BEAC), Council of Baltic States (CBS), Central European Free Trade Area (CEFTA), Central European Initiative (CEI); vgl. *Aybak*; 2001.

¹⁷⁶ *Aybak*; 2001; S. 5.

¹⁷⁷ vgl. für „Great Game“ auch *Freitag- Wirminghausen*; 2004 und *Halbach*; 2003; siehe Anhang (1).

¹⁷⁸ *Aybak*; 2001; S. 6.

¹⁷⁹ *Halbach*; 2003; S. 1.

¹⁸⁰ *Haktamir*; 2002; S. 1.

economics"¹⁸¹ in der Region. Die Ressourcen sind auch von „paramount importance“¹⁸², weshalb diese Region nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in den Fokus der Weltgemeinschaft geraten ist. Für die Türkei spielt in diesem Fall eine Rolle, ob sie als Transitland für diese Ressourcen dienen und damit finanziell profitieren kann. Das Anliegen der Türkei eine Pipeline für diese Ressourcen zu bauen „has turned into a major geopolitical contest among the many regional and extra- regional state and non- state actors hoping for a lion's share of the huge profits“¹⁸³. Die Türkei wurde dabei von der US-Regierung unterstützt, jedoch fiel dieses Projekt nach dem Regierungswechsel 2000 und nach den Terroranschlägen des 11. Septembers „more or less (...) from the policy agenda of Washington“¹⁸⁴. Dennoch laufen verschiedene Wirtschaftsprojekte unter Beteiligung amerikanischer und europäischer Staaten weiter.

Erst im November 2003 beschloss die International Finance Corporation (IFC), der private Wirtschaftszweig der *Weltbank*, die Finanzierung der sogenannten Baku-Tbilisi-Ceyhan Ölpipeline, die „at 1769 kilometers is one of the longest of its kind in the world“¹⁸⁵. Diese Pipeline soll Öl vom Kaspischen Meer aus durch Georgien und Aserbaidschan entlang des Schwarzen Meers bis zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan bringen. Die Gesamtkosten des Projektes belaufen sich nach Aussagen der Weltbank auf über 3,6 Milliarden US Dollar.

Dabei spielt auch Rußland eine besondere Rolle, das immer wieder versucht hat Unruhe in die Region zu bringen und seinen Einfluss zu sichern, was man am Beispiel Georgiens verdeutlichen kann. In Georgien treffen wegen der Erdölrohrleitungen türkische, amerikanische und russische Interessen aufeinander. Es sind in erster Linie amerikanische Firmen, die durch Milliardeninvestitionen den Bau der Leitungen finanzieren, weshalb von den USA an einer westlichen Ausrichtung Georgiens gelegen ist. In der Praxis bedeutet dies, dass Georgien mit Ausbildern und Waffenlieferungen aus den USA unterstützt wird, um das Land an die NATO anzubinden. Auch die Türkei ist am Aufbau und der Ausbildung der georgischen Armee beteiligt.¹⁸⁶ Georgien ist nach Meinung von *Krüger* ein

¹⁸¹ *Sezer*; 2002; S. 8.

¹⁸² *Sezer*; 2002; S. 13.

¹⁸³ ebenda.

¹⁸⁴ *Sezer*; 2002; S. 14.

¹⁸⁵ *IFC*; 2003; S. 1.

¹⁸⁶ vgl. *Gumpel*; 2004.

„zerrissenes Land“¹⁸⁷, was unter anderem auf den Mehrfrontenkrieg gegen die abtrünnigen Abchasen sowie die renitenten Südosseten zurückzuführen ist.

Von der georgischen Führung wird eine NATO-Mitgliedschaft angestrebt, was für Verstimmung bei der russischen Regierung führt. Hauptkonfliktbereich ist dabei die hauptsächlich von Muslimen bevölkerte Region Abchasien im Nordwesten Georgiens, welche direkt an Russland grenzt. *Gumpel* schreibt, dass es recht einfach sei Waffen, Material und Kämpfer in die „selbsternannte `Republik` zu schleusen, zumal die Russen von der UNO beauftragt sind, dort `Friedenstruppen` zu unterhalten“¹⁸⁸, die ironischerweise von Georgien um Unterstützung gebeten wurden, um den Konflikt zu entschärfen. Durch die Auflösung der UdSSR verlor Rußland den größten Teil der Schwarzmeerküste und die Region ist deshalb mit dem Seehafen Suchumi von großem strategischem Interesse. Die „Annexion wird systematisch vorangetrieben“¹⁸⁹, was vor allem daran deutlich wird, dass inzwischen die Hälfte der Bevölkerung die russische Staatsbürgerschaft zuerkannt bekommen hat und die international nicht anerkannte Regierung Abchasiens offiziell aufruft die russische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Die Einmischung Rußlands verkompliziert die gesamte Situation, die ohnehin bei der Aussicht auf finanzielle Gewinne aus Öl- und Gasförderung vorhanden ist.

Dennoch bleibt festzustellen, dass bis heute „neither Georgia, nor Azerbaijan, nor Turkey has come anywhere close to the expected benefits of their mutual enormous investments over nearly one whole decade“¹⁹⁰.

Verbunden mit dem ökonomischen Interesse der Türkei an einer guten Beziehung zu den Staaten des südlichen Kaukasus fördert die türkische Regierung auch den politischen und sicherheitspolitischen Dialog.

Ankara ist in den letzten Jahren bemüht gewesen, den eigenen Einfluss im Südkaukasus zu mehren, was vor allem im sicherheitspolitischen Bereich sichtbar wird. Mit Ausnahme Armeniens hat die Türkei mit allen Ländern des Kaukasus und Zentralasiens Abkommen über militärische Kooperation vereinbart. Als die iranische Marine Ende Juli 2001 aserbaidyschanische Schiffe bei dem Versuch aufbrachte, im Süden des Kaspischen Meeres Bohrungen durchzuführen, richtete Ankara eine scharfe Warnung an Teheran.¹⁹¹ Im Folgemonat besuchte der türkische

¹⁸⁷ *Krüger*; 2003; S. 80.

¹⁸⁸ *Gumpel*; 2004; S. 306.

¹⁸⁹ ebenda.

¹⁹⁰ *Sezer*; 2002; S. 14.

¹⁹¹ vgl. *Krüger*; 2003.

Generalstabschef *Hussein Kivrikoglu* die Hauptstadt Aserbaidschans Baku, was die Regierung in Teheran als direkten Versuch bewertete, Iran als „Konkurrenten im Kampf um die Exportwege für die Rohstoffvorkommen im Kaspischen Meer auszuschalten“¹⁹². Die Türkei betrachtet ihr sicherheitspolitisches Engagement allerdings als Teil des Kampfes gegen den Terrorismus, dem „main issue on the agenda“¹⁹³ wie der türkische Botschafter in Baku bei einem Vortrag erläutert.

Im Jahre 2000 wurde von türkischer Seite der Vorschlag für einen Stabilitätspakt (CSP) für den Kaukasus gemacht, der nach dem Model des Southeast-European-Stability-Pact der OECD, ein Forum für die Probleme der Region sein sollte. Beteiligt daran sind bis dato Georgien, Aserbaidschan und Armenien, aber neben der Türkei auch Rußland und der Iran. Daraufhin folgten eine Reihe von Absprachen, die zum Ziel haben sollten, die Zusammenarbeit auch konkret umzusetzen.¹⁹⁴

Dennoch ist ein Hauptanliegen der türkischen Außenpolitik geblieben, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstandenen NIS in das internationale System zu integrieren und damit die Region insgesamt zu stabilisieren.

Im Gegensatz zur Türkei hat die EU keine „comprehensive policy towards the Eurasian region“¹⁹⁵. *Wittebrood* schreibt, dass die EU „rather has a patchwork of assistant instruments and different policies towards the various countries in the area“¹⁹⁶. Eine umfassende und zielführende Strategie wäre aber umso mehr notwendig, als dass die Entwicklung von neuen policy-Instrumenten im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik die EU drängen wird, sich für diese Staaten zu interessieren. Die an die Türkei grenzenden NIS sehen die EU als „beacon of light on the horizon“¹⁹⁷ und drängen darauf gemeinsame Projekte mit der EU zu verfolgen. Wichtig dabei ist die Rolle Rußlands in der Region um das Kaspische Meer nicht zu unterschätzen. Um seine Ansprüche zu verdeutlichen führte Rußland im August 2002 ein umfangreiches Manöver im Raum des Kaspi durch, an dem rund 10.000 Soldaten, 60 Schiffe und 30 Hubschrauber und Flugzeuge teilnahmen. Das Manöver fand unter direktem Befehl von Präsident *Putin* und dem Kommando des Verteidigungsministers *Ivanov* statt.¹⁹⁸

¹⁹² *Krüger*; 2003; S. 87.

¹⁹³ *Ceviköz*; 2002; S. 22.

¹⁹⁴ vgl. *Ceviköz*; 2001.

¹⁹⁵ *Wittebrood*; 2001; S. 259.

¹⁹⁶ s.o.

¹⁹⁷ *Wittebrood*; 2001; S. 260.

¹⁹⁸ vgl. *Gumpel*; 2004.

Dies war auch als Signal an die Türkei gerichtet, die besondere Beziehungen zum ethnisch eng verbundenen Aserbaidschan und Turkmenistan unterhält.

Eine stärkere Allianz auf sicherheitspolitischem Gebiet gibt es zwischen der Türkei und dem südlich gelegenen Israel.

4.2.3. Das Verhältnis der Türkei zu Israel

Das Verhältnis der Türkei zu seinen Nachbarn schwankt wie bereits festgestellt zwischen der säkularen und pro-westlichen Haltung, die vor allem durch das Militär gestützt wird, und dem Bewusstsein ein islamischer Staat zu sein, der starke religiöse und kulturelle Verbindungen zur arabischen Welt hat, was sich auch in der Parteienlandschaft der Türkei widerspiegelt.

Diese zwei Pole sorgen in der Türkei immer wieder für Auseinandersetzungen zwischen den sogenannten Kemalisten und den Islamisten. Die Türkei findet sich in einigen Politikfeldern inhaltlich näher an Israel als an seinen arabischen Nachbarn. So schreibt *Liel*, dass „both nations are democracies, unlike the entire Arab world; and along with Iran the few non-Arab states in the entire region“¹⁹⁹. Nicht zu übersehen ist der Fakt, dass die Türkei der einzige muslimische Staat war, der Israel seit 1948 nicht nur offiziell als Staat anerkannte, sondern auch diplomatische Beziehungen pflegte, wohingegen die meisten arabischen Staaten bis heute das Existenzrecht Israels in Frage stellen.

Dabei wird von den Partnern als wichtig eingeschätzt, dass Israel eine starke Lobby in den USA hat, was von beiden Seiten genutzt wird, um sich der gegenseitigen Partnerschaft zu vergewissern. Die schwankende außenpolitische Ausrichtung der Türkei hat in der Vergangenheit auch die Beziehung zum Partner Israel bestimmt.

Der Sechs-Tage-Krieg und der darauffolgende Jom Kippur-Krieg führten dazu, dass die Türkei ihre neutrale Position gegenüber dem israelisch-palästinensischen Konflikt aufgab und sich, ohne die diplomatischen Beziehungen zu Israel zu unterbinden, auf die Seite der arabischen Staaten stellte, die einen Rückzug der Israelis forderten. Damit näherte sich die Türkei politisch ihrem Nachbarn Syrien und den Israel kritisch gegenüberstehenden arabischen Staaten an, was unter anderem auf die größer werdende Abhängigkeit der Türkei vom arabischen Öl zurückzuführen war.

¹⁹⁹ *Liel*; 2001; S. 189.

Erst 1985, als Israel sich aus dem Libanon zurückzog und die Abhängigkeit vom Öl abschwächte, wurden die bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und Israel wieder besser. Trotz immer wieder aufflammender Dispute bezüglich des israelisch-palästinensischen Konfliktes wurde Israel auch ökonomisch wichtiger für die Türkei, wobei vor allem der Tourismus von Israelis eine wichtige Rolle spielt.²⁰⁰

Das türkische Militär, das seit dem Einmarsch in Zypern von militärischem Know-How des Westens abgeschnitten war, verstärkte die Rüstungszusammenarbeit zwischen den beiden Staaten, was zur Folge hatte, dass Israel „one of Turkey' s closest [...], if not its closest“²⁰¹ Alliiertes wurde. Die militärische Zusammenarbeit umfasste die gemeinsame Soldatenausbildung, die Aufrüstung türkischer F-4 Phantom Jäger und eine verstärkte Zusammenarbeit der Geheimdienste.

Israel fädelt auch eine Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Rüstungshersteller General Dynamics Corporation zur Modernisierung der türkischen Panzerflotte ein.²⁰² Die intensive Zusammenarbeit der beiden Staaten sorgte sogar bei moderaten Staaten wie Ägypten für Proteste, welche die Türkei davor warnten, zu enge militärische Bindungen mit den 'Zionisten' einzugehen.

Das noch vor 15 Jahren angespannte Verhältnis zwischen den beiden Staaten wich somit einer „complete transformation“²⁰³.

Es ist festzuhalten, dass sowohl auf politischer, als auch auf militärischer Ebene enge Verknüpfungen zwischen Israelis und Türken vorhanden sind, da sich auch die strategischen Ziele beider Staaten ähneln. Dies sind die generelle Besorgnis gegenüber Syrien und Ängste über die mögliche Entwicklung von Massenvernichtungswaffen in Syrien, dem Iran und bis vor kurzem dem Irak. Zudem verbindet beide Staaten Ängste über eine islamistische Radikalisierung in Zentralasien sowie eine pro-amerikanische Orientierung. Beide Staaten sind besorgt über die mögliche Einflussnahme Russlands in der Region.

Ende Juni 2004 führten die Militärs beider Staaten, zusammen mit der amerikanischen Luftwaffe, gemeinsame Luftmanöver durch, und dies trotz Protest der ägyptischen Regierung diese Manöver aus Rücksichtnahme zum israelisch-palästinensischen Konflikt abzusagen. In den letzten drei Jahren noch hatte die türkische Regierung zweimal gemeinsame Manöver aus diesem Grund abgesagt. Während eines der Manöver wurde von syrischer Seite eine Rakete in der syrischen

²⁰⁰ Die Türkei gilt als sicheres Tourismusziel für viele Israelis.

²⁰¹ *Liel*; 2001; S. 212.

²⁰² vgl. *Liel*; 2001.

Wüste abgefeuert und die israelische Armee war in der Lage, der Türkei die Fähigkeiten des israelischen Radarsystems Green-Pine zu demonstrieren, welches Israel zusammen mit einem Anti-ballistic Raketensystem an die Türkei verkaufen will. Israel hat bereits einen 700 Millionen US-Dollar Auftrag der türkischen Armee die türkischen F- 4 Jäger aufzurüsten angenommen und steht im Wettbewerb um weitere Rüstungsprogramme.²⁰⁴ Sowohl die USA, als auch Rußland haben aus geostrategischen und kommerziellen Gründen ihre Einwände gegen den Kauf des Green-Pine-Systems. Während die USA möchte, dass die Türkei weiterhin amerikanische Waffensysteme kauft, ist Rußland besorgt, dass der Kauf des Radar- und Raketensystems einen Präzedenzfall in der Region schaffen könnte. Ein umspannendes Raketenabwehrsystem könnte Rußlands Einfluss in den NIS, für die sich Rußland noch immer als natürliche Schutzmacht hält, beeinträchtigen. Zudem wird befürchtet dass ein solches „Israeli- Turkish coordinated theatre missile defence network might be extended even further eastwards“²⁰⁵, was durch die kürzliche Unterzeichnung eines Vertrags zwischen Israel und Indien, über einen Wert von zwei Milliarden US-Dollar für israelische Waffensysteme, noch verstärkt wird.

Das Dreieck Ankara-Washington-Jerusalem ist nach Ansicht von *Leggewie* „kaum noch zu retten“²⁰⁶, was er darauf zurückführt, dass die Türkei nach ihrer abweisenden Haltung gegenüber dem jüngsten Irak-Krieg den politischen Rückhalt der USA verloren hat. Zudem sind die US-Militärbasen im Südosten der Türkei nicht mehr von zentraler Bedeutung und die Türkei ist somit auch „ihrer Veto- Position gegen einen unabhängigen Kurdenstaat verlustigt gegangen“²⁰⁷. Nichtsdestotrotz gibt es eine starke Allianz zwischen der Achse Ankara-Jerusalem, die sich auf gemeinsame Interessen und Strategien gegenüber den Nachbarn des Nahen Ostens stützt.

4.2.4. Das Verhältnis der Türkei zu Iran

Am 06.03.2002 erklärte der türkische General *Tunker Kilingç*, MGK- Generalsekretär, „given EU demands, Turkey should start looking for alternative allies such as Russia and Iran“²⁰⁸. Der Wahlsieg der AKP mit ihrer pro-europäischen Orientierung, hat

²⁰³ *Liel*; 2001; S. 215.

²⁰⁴ vgl. *Oxford Analytica*(4); 2004.

²⁰⁵ *Oxford Analytica*(4); 2004; S. 2.

²⁰⁶ *Leggewie*; 2004; S. 269.

²⁰⁷ ebenda.

²⁰⁸ *Tocci*; 2003; S.1.

diesen Bestrebungen aus den Reihen der Militärs zunächst ein Ende gesetzt. Nachdem das türkisch-iranische Verhältnis jahrelang vor allem aufgrund amerikanischen Einflusses eine geringe Bedeutung hatte, waren beide Staaten in der letzten Zeit um eine Verbesserung der Beziehung bemüht. Ausdruck dafür war beispielsweise der Besuch des türkischen Präsidenten *Sezer* im Juni 2002 im Iran, dem ersten seit zehn Jahren, der während des Besuchs zu Protokoll gab, dass „niemand eine Verbesserung der türkisch- iranischen Beziehungen verhindern“²⁰⁹ könne. Dies sorgte vor allem für Irritationen bei den amerikanischen Verbündeten, denn aus Sicht des Westens stehen im Verhältnis zum Iran, einem Mitglied der von amerikanischen Präsident *Bush* ausgerufenen „Axis of Evil“, andere Punkte auf der Agenda, die gegen eine freundschaftliches Verhältnis der beiden Staaten sprechen würden.²¹⁰ Das türkisch-iranische Nachbarschaftsverhältnis dagegen dreht sich in erster Linie um Fragen der Energiesicherheit.

Das Verhältnis der Türkei zum zweitgrößten Erdölproduzenten der OPEC, dem Iran, wurde schon früh vor allem von der strategischen Maxime geleitet, das für die Wirtschaft notwendige Öl zu bekommen bzw. als Transitland vom Transport zu profitieren. So unternahm Ankara zwischen 1969 und 1972 „strenuous efforts to persuade Iran of the feasibility of a pipeline from Iran to the Mediterranean Sea“²¹¹ durch türkisches Territorium. Ebenso wie eine spätere Initiative zum Bau einer Gaspipeline, die den europäischen Markt bedienen sollte, versandete dieses Projekt. Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten wurden auch deshalb getrübt, weil sich der Schah weigerte der Türkei billigeres Öl zu verkaufen, als anderen Staaten. Der Sturz des Schahs und die Machtergreifung des *Ayatollah Khomeini* änderten die Situation. In Folge der Teheraner Geiselnahme von 1980 und der unter Führung der USA geforderten UN- Sanktionen gegen den Iran, war die Türkei das erste NATO-Mitglied, das sich dem Embargo offiziell nicht anschloss.

Der Iran, der vom Irak und den USA unter Druck gesetzt wurde, bemühte sich infolgedessen um bessere Beziehungen zum türkischen Nachbarn, was sich vor allem bei den Ölausfuhren bemerkbar machte. Während des Irak-Iran-Krieges

²⁰⁹ *Gumpel*; 2004; S. 310.

²¹⁰ Dies sind die Befürchtungen, die den Versuch Teherans betreffen, Massenvernichtungswaffen, insbesondere atomare Waffen, zu bauen. Zudem wird die Verwicklung Irans in den internationalen Terrorismus beobachtet. Der iranischen Regierung wird vorgeworfen den israelisch- palästinensischen Konflikt anzuheizen und Verbindungen zur Al- Qaida zu unterhalten. Weiterhin interessant sind die Rolle des Irans bei der Neuordnung der Nachkriegsverhältnisse in Afghanistan und dem Irak und Reformbestrebungen und Menschenrechte im Iran selbst. vgl. *Herzig*; 2003.

²¹¹ *Liel*; 2001; S. 164.

verhielt sich die Türkei neutral, aber die iranischen Flüchtlinge und die Unterstützung der Kurden durch Teheran bereiteten der Türkei Probleme.

Während die beiden Länder ökonomisch immer stärker verbanden, so wurde doch von Seiten Irans der Säkularismus der Türkei kritisiert. Seit Anfang der 90er Jahre tauchte „a new and very significant dimension“²¹² mit dem Entstehen der sechs vormals zur Sowjetunion gehörenden muslimischen Staaten für die Beziehung der beiden Staaten auf. So bemühten sich beide Staaten Einfluss in dieser Region zu gewinnen. Die NIS brauchten, wie bereits geschildert, Investitionen, um die Gas- und Ölreserven der Kaspischen See an die Verbraucher in Europa zu liefern, aber obwohl die Türkei „easily defeated the Iranian challenge in terms of general influence and provision of a role model, it has not gained much of an economic and political foothold“²¹³ in den NIS. Die Aufträge für die Öl- und Gasvorkommen gingen größtenteils an US amerikanische, europäische und japanische Firmen. Sowohl der Iran, als auch die Türkei waren jedoch daran interessiert, ökonomisch von ihrer Nähe zu den lukrativen Öl- und Gasvorräten zu profitieren.

Nun lockten neue Projekte, wie beispielsweise eine Vereinbarung zwischen dem Iran und der Türkei über den Bau einer 2.577 km langen Rohrleitung, die 57 türkische Städte mit Erdgas versorgt und die im Endstadium jährlich bis zu 10 Mrd. m³ Erdgas durch den Iran in die Türkei liefern soll. Dieses Projekt wurde trotz amerikanischer Bedenken vorangetrieben und im Januar 2002 ging die Erdgasleitung in Betrieb.

Trotz dieser Zusammenarbeit wirft die Türkei dem Iran vor, sich in die inneren Angelegenheiten der Türkei einzumischen. Dies wurde im Februar 1997 deutlich, als in der Kleinstadt Sincan bei Ankara von iranischer Seite unterstützte Demonstrationen stark antisäkulare Forderungen stellten. Das türkische Militär ließ Panzer auffahren und der iranische Botschafter wurde aufgefordert die Türkei zu verlassen. Die iranische Führung sieht nicht nur als Bedrohung an, dass die Türkei den säkularen Staat propagiert, sondern vor allem die freundschaftliche Beziehung zu Israel wird verurteilt.

Nach einer vorübergehenden Harmonisierung forderte das türkische Außenministerium im Mai 1999 den Iran auf, sich aus innerstaatlichen Angelegenheiten der Türkei herauszuhalten. Die Türkei warf ihrem Nachbarn vor, nicht nur die islamischen Gruppierungen im Lande finanziell zu unterstützen, sondern

²¹² *Liel*; 2001; S. 173.

²¹³ *Liel*; 2001; S. 174.

„it was also providing shelter to PKK guerrillas and was even training members of a Turkish insurgent group with an Islamic orientation, the Hizballah“²¹⁴.

Die türkische Regierung warf hingegen Teheran vor, die vormalige Rolle Syriens einnehmen zu wollen.

Während die USA versuchen Iran durch Sanktionen möglichst wirtschaftlich zu isolieren, weshalb auch von Washington abgelehnt wird²¹⁵, dass Iran als Transitland für kaspisches Öl fungiert, ist die Haltung der EU in dieser Frage eher auf langfristige ökonomische und politische Reformen angelegt. Anders als in Washington ist man in Brüssel eher auf das ökonomische Interesse der europäischen Staaten fixiert, deren Firmen durch die Wirtschaftssanktionen gegenüber den ausgeschlossenen amerikanischen Firmen profitieren.²¹⁶ Dies wird durch Wirtschaftsprojekte, wie dem 300 Millionen US Dollar teuren iranisch- griechischen Plan untermauert, durch das Griechenland Anschluss an das iranische Gas bekommen möchte. Dieses Projekt gilt als „test enterprise for a more extensive and longer- term cooperation possibly starting in the next decade“²¹⁷. Als Transitland für diese Kooperation fungiert die Türkei.

Herzig stellt fest, dass Rußland beispielsweise in bezug auf die Energiesicherheitspolitik mit einer Einbindung Irans mehr Erfolg gehabt hat, als die strikte Ablehnung durch die USA. Er folgert, dass „engagement can be effective (...) whereas exclusion and containment can easily misfire“²¹⁸. Diese Folgerung ist insbesondere im Kontext auf das Verhalten der iranischen Regierung gegenüber Afghanistan und dem Irak relevant, da Teheran das Potential hat seine Nachbarstaaten zu stabilisieren oder zu destabilisieren. *Shaffer* stellt fest, dass „Teheran’s policies towards Central Asia and the Caucasus are guided chiefly by material state considerations and not by regime ideology“²¹⁹. Wenn also die ökonomische Einbindung Irans langfristig zu politischen Reformen führen soll, wie dies die EU artikuliert, so kann die Türkei als zunehmend wichtiger Partner der Teheraner Regierung dabei eine wichtige Rolle spielen. Von iranischer Seite wird

²¹⁴ *Liel*; 2001; S. 175.

²¹⁵ vgl. *Gumpel*; 2004.

²¹⁶ So ist der Iran in zahlreiche Verhandlungen wegen der Öl- und Gasressourcen eingebunden. Ebenso wie die Beziehungen zwischen der Türkei und dem Iran vor allem durch die Energiepolitik geleitet wird, so sind auch die zentralen Interessen der EU auf diesem Gebiet zu finden. Die EU ist bei weitem der größte Gasimporteur weltweit und die Produktion in Rußland wird absehbar sinken. Nach Rußland ist der Iran der größte Produzent von Gas und die Verbindung zwischen dem Golf und dem Kaspischen Meer.

²¹⁷ *Müller*; 2003; S. 69.

²¹⁸ *Herzig*; 2003; S. 28.

²¹⁹ *Shaffer*; 2003; S. 22.

offiziell eine stärkere Anbindung an die EU unterstützt. Der iranische Präsident *Chatemi* erklärt 2002, dass „eine starke Türkei in der EU [...] auch einen positiven Effekt auf den Iran und auf die ganze Region ausüben“²²⁰ würde. Neben gemeinsamen Interessen im Bereich der Energiepolitik verbindet beide Staaten auch die Tatsache, dass in drei Provinzen des Iran die Hauptsprache türkisch ist. Trotz der in der Vergangenheit immer wieder offen aufgetretenen Feindseligkeiten zwischen den beiden Staaten ist die Staatsgrenze zwischen den beiden bezeichnenderweise die stabilste der Region.

Ganz anders als im Südosten der Türkei.

4.2.5. Das Verhältnis der Türkei zu Irak

Südlich des Irans liegt der Irak, der in den letzten Jahren durch den von den USA geführten zweiten Irak- Krieg in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten ist. Die Türkei hat im Verlauf des Konfliktes eine undurchsichtige Politik betrieben, was einerseits den Bemühungen geschuldet ist, die EU nicht vor den Kopf zu stoßen, andererseits die eigenen nationalen Interessen im Nordirak durchzusetzen und die, nach Angaben des stellvertretenden US-Verteidigungsministers *Wolfowitz*, „natürliche Partnerschaft“²²¹ mit den USA nicht zu ramponieren.

Ministerpräsident *Erdogan* stand deshalb während des Vorlaufs des Krieges unter starkem innenpolitischen Druck und das Verhältnis zum Nachbarn Irak kann als „die schwerste Bürde der türkischen Außenpolitik“²²² betrachtet werden. Er sagte zunächst die Stationierung von 62.000 US-Soldaten auf türkischem Boden zu und verhandelte dafür „in wochenlangem Tauziehen“²²³ als Kompensation 30 Milliarden US-Dollar an Hilfgeldern und Krediten.

Die Allianz wurde auch dadurch begünstigt, dass sich im Februar 2003 Frankreich und Belgien weigerten den NATO-Partner Türkei gegen eine eventuelle irakische Bedrohung Beistand zuzusagen, was wohl eher an die USA, als an die Türkei adressiert war. Überraschenderweise lehnte das Parlament jedoch, trotz Drängens des türkischen Militärs, den Deal mit den USA ab, womit der Plan der USA, eine Nordfront zu bilden, scheiterte. Auch die Festnahme von türkischen Elitesoldaten im Juli 2003 im nordirakischen Suleymania sorgte für Missstimmung zwischen den

²²⁰ *Gumpel*; 2004; S. 310.

²²¹ *Leggewie*; 2004; S. 267.

²²² *Gumpel*; 2004; S. 311.

²²³ *Leggewie*; 2004; S. 267.

Verbündeten. Nach US-Angaben wollten die Soldaten angeblich ein Attentat auf den kurdischen Bürgermeister von Kirkuk verüben.²²⁴

Hinter dieser Aktion der Türkei steht die Furcht, dass sich im Norden des Iraks ein eigenständiger Kurdenstaat bilden könnte, was Implikationen für die türkischen Kurden haben könnte. Das Interesse diese Bestrebungen einzudämmen beherrschte in der Vergangenheit auch das Verhältnis zum Regime in Bagdad.

Der Irak strebte in der Vergangenheit immer an gute Verbindungen zur Türkei zu unterhalten. *Liel* schreibt, dass „Turkey's ties with Iraq had been a major element in Turkey's foreign relations“²²⁵. Dies hatte strategische Hintergründe. Beide Staaten waren nicht nur daran interessiert die Bestrebungen der Kurden, die sowohl im Osten der Türkei als auch im Norden Iraks leben, nach einem eigenen Staat einzudämmen. Der Irak ist außerdem vom Wasser des Euphrats und des Tigris abhängig, deren Quellen die Türkei kontrolliert. Als drittes strategisches Interesse Bagdads und Ankaras kann die Bedeutung der Türkei als Transitland für den irakischen Handel und das Öl genannt werden.

Die guten Beziehungen, die sich auch durch die politische Unterstützung des ehemaligen Regimes in Bagdad während des Zypern- Konfliktes zeigten, brachen jedoch 1990 ab und erreichten ihren „most severe test“²²⁶ nachdem Saddam Hussein Kuwait besetzte. Die Türkei setzte nicht nur die von der UN geforderten Sanktionen durch, sondern engagierte sich auch mit eigenen Truppen bzw. ließ die amerikanischen Kampfflieger von türkischem Territorium aus starten.

Obwohl die türkische Wirtschaft trotz internationaler Kompensationen während des Konfliktes schwer litt²²⁷, bekam die Türkei damit die Gelegenheit ihre strategische Bedeutung nach Ende des Kalten Krieges hervorzuheben, was ihr auch gelang, denn „Turkey's prestige in Washington and other Western capitals reached new heights“²²⁸.

Der Westen änderte im Nachspiel des Golfkrieges seine Kooperationsbereitschaft mit dem türkischen Militär, die seit dem Zypern Konflikt auf Eis gelegen hatte. Der Türkei

²²⁴ vgl. *Leggewie*; 2004.

²²⁵ *Liel*; 2001; S. 160.

²²⁶ *Liel*; 2001; S. 159.

²²⁷ Nach Angaben der staatlichen Planorganisation erleidet die Türkei aufgrund des Embargos und des 1. Golfkrieges Verluste in Höhe von 30- 35 Mrd. Dollar, nach anderen Informationen bis zu 100 Mrd. Dollar jährlich aufgrund der wegbrechenden Einkommen aus Ölpipelines; vgl. *Gumpel*; 2004; S. 311 und *Herz/ Steets*; 2001; S. 273.

²²⁸ *Liel*; 2001; S. 163.

wurde „an almost undreamed- of package“²²⁹ an militärischem Gerät angeboten, das unter anderem 400 Leopard Panzer, 600 M-60 Panzer, Jagdflugzeuge, Kampfhubschrauber und Flugabwehrbatterien enthielt.

Trotz des neuerworbenen Prestiges unter den westlichen Verbündeten erschwerte sich damit die Kurdenfrage und der Transit irakischen Öls kam fast ganz zum Erliegen, was starke finanzielle Einbussen für die Türkei zur Folge hatte.

Dieses Verhältnis veränderte sich auch bis zum jüngsten Golfkrieg nicht. Jedoch widersetzte die Regierung in Ankara sich dem Wunsch Washingtons, sich aktiv an dem Krieg zu beteiligen und das Parlament verwehrte amerikanischen Truppen den Transit durch die Türkei. Dies wurde als Konzession der Türkei an einige europäische Verbündete interpretiert und an den Willen der Türkei die wichtigen Partner wie Deutschland und Frankreich nicht zu verärgern. Auch der Plan des türkischen Militärs, in den kurdischen Norden des Iraks einzumarschieren, wurde zurückgezogen.

Die im Vorfeld dargelegten strategischen Interessen der beiden Staaten machen es naheliegend, dass sofern sich eine Stabilisierung des Iraks ergibt, und dieser auch als Staat erhalten bleibt, Ansätze für eine Zusammenarbeit vorhanden sind, die für beide Staaten auch notwendig sind. Anders sieht es im Fall einer Zersplitterung des Iraks oder einem Absturz in politisches Chaos aus. In diesem Fall „the Kurdish leadership will view the prospect of a Shia theocracy or a Sunni dictatorship as leaving them with little choice to but to withdraw from the state of Iraq“²³⁰. Die Kurden wären politisch und militärisch in der Lage einen eigenen Staat zu gründen und ihre Grenzen zu schließen. Im Fall einer Zersplitterung des Iraks wäre das kurdische Gebiet auch die einzige Basis für die USA Stützpunkte aufrechtzuerhalten. Ein Grund dafür, dass, abgesehen von geheimdienstlichen Tätigkeiten, sich die Türkei bisher militärisch aus dem Konflikt im Norden des Iraks herausgehalten hat, ist die Anwärtschaft auf die Aufnahme in die EU. So wird berichtet, dass „as long as the door is not firmly shut, it is possible that Ankara would rely on political and economic threats and inducements, and other diplomatic levers, to secure its interests“²³¹.

In der Zeit des Übergangs, in dem sich der Irak momentan befindet, hat die Türkei wenig politischen Einfluss. Wie *Kramer* berichtet hat die Türkei durch die Entscheidung, den USA nicht als Auf- und Durchmarschgebiet für den Krieg gegen

²²⁹ ebenda.

²³⁰ *Oxford Analytica*(2); 2004; S. 2.

²³¹ ebenda.

Saddam Hussein zur Verfügung zu stehen, „praktisch jeden Einfluss auf die Regelung der irakischen Verhältnisse [...] verloren“²³². Langfristig werden die beiden Länder aufgrund ihrer gemeinsamen Interessen wieder zusammenfinden. Pikanterweise wurden in den letzten Jahren vor dem US-Einmarsch neue Wirtschaftsprojekte zwischen den beiden Ländern ins Leben gerufen. Darunter der Plan eine Erdgasleitung aus dem irakischen Otak in den Südwesten der Türkei zu verlegen.²³³ Auch dies kann in Zukunft als Anknüpfungspunkt dienen.

In jedem Fall sind der Irak und die Kurden im Nordwesten ökonomisch vom Wohlwollen der türkischen Regierung abhängig, da sie die Türkei als Transitland für das Öl brauchen und von türkischen Investitionen abhängig sind.

4.2.6. Das Verhältnis der Türkei zu Syrien

Im Südosten der Türkei liegt Syrien, das in jüngster Zeit eine ambivalente Rolle in der Weltpolitik spielt. Das Verhältnis der Türkei zum Iran ist unter anderem durch die in der Vergangenheit oft auftretende Einmischung Syriens in die türkische Innenpolitik und die Unterstützung der PKK stark belastet.

Eine schwere Bürde für die Beziehungen beider Staaten zueinander liegt darin, dass die Türkei von 1920 bis 1939 in der Lage war ihre Südgrenze auf Kosten der damaligen britischen und französischen Mandatsgebiete Irak und Syrien zu erweitern. Syrien fordert seitdem eine Rückgabe des Territoriums.²³⁴

Aber auch die türkischen Interessen gegenüber dem syrischen Regime sind in der Vergangenheit ambivalent gewesen.

Trotz der kriegerischen Auseinandersetzungen der befreundeten Israelis und der Araber wurden die ökonomischen Verbindungen mit Syrien in der Vergangenheit zunehmend stärker. Für Missstimmung sorgte jedoch, dass Terroristen der PKK in syrischen Camps ausgebildet wurden, unter deren Opfer sich auch türkische Botschafter befanden. In den späten 80er und 90er Jahren gesellte sich zu dem ungelösten Terrorismus-Problem auch die Wasser-Problematik, die zu einem Abkühlen der Beziehung zwischen den beiden Staaten führte.

²³² Kramer; 2004; S. 296.

²³³ vgl. Gumpel; 2004.

²³⁴ vgl. Buhbe; 1998.

Internationale Wasserrechte sind kein Garant für die Anrainerstaaten, wird doch der Euphrat von türkischer Seite als türkischer Fluss angesehen, was vor allem bei Syrien, das 80% seines Wasser aus dem Euphrat bezieht und dadurch wirtschaftlich und politisch sehr stark von diesem Wasserzufluss abhängig ist, Sorgen bereitet. Die komplizierten politischen Beziehungen zwischen Syrien und der Türkei führten auch dazu, dass das Peace-Pipeline-Projekt, ein großangelegtes Projekt zur Wasserversorgung des Nahen Ostens, vorerst in den Schubladen verschwunden ist. Seit den 80er Jahren arbeitete die Türkei daran den Strom des Euphrats umzuleiten. Kernstück der Umbaumaßnahmen war die Errichtung des Atatürk-Staudamms im Jahre 1990. Trotz internationaler Proteste, welche die Finanzierung des Projektes herauszögerten, gelang die Fertigstellung des Staudamms. Die Einfüllung des Wassers hatte zur Folge, dass Syrien für einen Monat nur ein Fünftel seiner normalen Wasserzufuhr erhielt, was wiederum zu erheblichem Schaden für die syrische Landwirtschaft und den gesamten ökonomischen Sektor führte.

Die Sperrung des Wassers führte Syrien vor Augen, dass die Türkei in der Lage ist die syrische Volkswirtschaft zusammenbrechen zu lassen, indem sie buchstäblich das Wasser abdreht. Im Jahr 2000 wurde schließlich eine Wasserpipeline zu Syrien eröffnet.²³⁵ Neben dem Wasserkonflikt belastete aber auch das Israel-freundliche Verhältnis der Türkei die Beziehung der beiden Länder.

Mitte der 90er Jahre verschärfte sich die Situation bis nahe eines militärischen Konfliktes, nachdem die Türkei verschiedene militärische Abkommen mit Israel unterzeichnete. Hauptbelastungspunkt in der Beziehung der beiden Staaten blieb jedoch der Vorwurf der Türken, dass Syrien Anhänger der PKK ausbilde. Nach der offiziellen Auflösung der PKK ist das Problem jedoch in den Hintergrund getreten. Dafür sorgen andere weltpolitische Ereignisse für eine Veränderung der Lage.

Der Terroranschlag des 11. September und der Krieg gegen den Irak haben neuen Druck auf das Regime in Damaskus ausgelöst seine Unterstützung von terroristischen Gruppen zu überdenken.

Einerseits ist Syrien ein Verbündeter der USA im Kampf gegen Al-Qaida, weswegen Syrien trotz Verbindungen zu terroristischen Vereinigungen wie der Hisbollah nicht zur von Präsident Bush ausgerufenen „Axis of Evil“ gehört. Andererseits wird dem Regime in Damaskus vorgeworfen die Infiltration von Terroristen in den Irak und den Waffenschmuggel über die syrisch-irakische Grenze zu unterstützen.

²³⁵ vgl. *Liel*; 2001.

Ausdruck für das Interesse der USA den Druck auf Syrien zu erhöhen waren Proteste der kurdischen Minderheit in Syrien gegen die Regierung, wie beispielsweise am 11. März 2004 im Nordwesten des Landes. Diese Proteste werden als „part of a US strategy designed to destabilise the Syrian regime“²³⁶ gesehen. Neben den ökonomischen Sanktionen, die das Assad-Regime aufgrund seiner unkooperativen Haltung in Sachen Terrorismus und Massenvernichtungswaffen spürt, hat sich auch nicht die Hoffnung der syrischen Regierung erfüllt sich mit den Europäern auf eine stärkere Zusammenarbeit zu verständigen. So wird berichtet, dass „Washington has used its influence with several EU members to stop the Partnership Agreement“²³⁷, welches die EU seit fünf Jahren mit Syrien verhandelt hat.

Trotz des politischen Drucks des Westens ist Syrien aufgrund seiner Abhängigkeit vom Wasser des Euphrats an einer Zusammenarbeit mit der Türkei interessiert. Die Vergangenheit hat aber auch gezeigt, dass Syrien kein verlässlicher Partner, anders als dies beim Irak möglich sein könnte, in der Region ist und auf absehbare Zeit sein wird.

4.2.7. Zwischenergebnis

Es lassen sich folgende Schlüsse aus den bilateralen Verhältnissen der Türkei zu ihren Nachbarstaaten und Partnern ziehen:

- Das Engagement der Türkei gegenüber den Nachbarstaaten pendelt zwischen zwei Polen: Anbindung an den Westen und Vertiefung der Beziehung zu den islamischen Staaten.
- Man kann sehen, dass die Türkei sowohl im Kaukasus, wie auch in den Kurdenregion eigene strategische Interessen verfolgt. Es gelingt ihr bisher nur mit geringem Erfolg ihren Einfluss geltend zu machen. Dadurch ist sie in der Rolle als neutraler Vermittler bei Konflikten ungeeignet.
- Der Kampf um Teilhabe an dem Gewinn des Transits der natürlichen Ressourcen Gas und Öl sowie die Energiesicherheit sind Hauptschwerpunkte türkischen Interesses in der Region. Es gibt eine gegenseitige ökonomische Abhängigkeit der Nachbarländer, die alle mit Wasser und Öl in Verbindung stehen. Langfristig könnte

²³⁶ *Oxford Analytica*(1); 2004; S. 1.

²³⁷ *Oxford Analytica*(1); 2004; S. 2.

dies zum Vorteil bei der Bewältigung von Konflikten sein, aber kurz- und mittelfristig sind Verteilungskonflikte vorprogrammiert.

- Konfliktträchtige Themenfelder, wie die Wasserproblematik, sind ungeklärt und belasten die Beziehungen zu Syrien und dem Irak.

Es zeigt sich, dass die Türkei ein Sonderfall in der Region ist, was beispielsweise durch die guten Beziehungen zu Israel verdeutlicht wird, was von den anliegenden arabischen Staaten kritisiert wird. Daher kann die Türkei nicht als Brückenstaat zu den arabischen Nachbarstaaten fungieren.

4.3. Die Türkei als Modellstaat

Die Analyse der Türkei als politischem Akteur hat sowohl innenpolitische wie auch außenpolitische Konflikte und Sicherheitsinteressen aufgezeigt, die dem Argument, die Türkei könne ein Vorbildstaat für seine islamischen Nachbarstaaten sein, entgegenstehen. Zu viele Faktoren widersprechen dieser These.

Diese sind unter anderem im innenpolitischen System der Türkei zu finden, in dem das Militär, im Selbstverständnis Wahrer des säkularen Staates zu sein, seit Jahrzehnten in die politische Entwicklung eingreift. Andererseits bietet die Parteiengeschichte des Landes Grund zu der Annahme, dass islamistische Parteien und deren Rechtsvorstellungen einen großen Rückhalt in der Bevölkerung finden. Es bleibt offen, welche Entwicklung das politische System nimmt, wenn die Balance unter Einfluss der EU zwischen den beiden Akteuren wegzufallen droht. Denkbar ist die Machtübernahme einer islamistischen Regierung, oder ein Staatsstreich des Militärs. Beide Modelle entsprechen nicht dem von Außenminister *Fischer* propagierten Ansinnen, ein großes muslimisches Land mit Marktwirtschaft, westlichen Grundwerten der Aufklärung, Menschenrechten und Demokratie, mit einer starken Zivilgesellschaft zu versöhnen.

Zudem kann die Türkei nicht als „ehrlicher Makler“ in der Region auftreten, da sie konsequent eigene Interessen in der Region verfolgt und dies auch mit militärischen Mitteln unterstreicht, wie etwa beim „Great Game“ um die Energieressourcen der Kaspischen See.

Die Zusammenarbeit der Türkei mit Israel widerspricht zudem der Position der arabischen Staaten, was zwar nicht einem politischen Dialog entgegensteht, aber die Türkei in eine Sonderrolle bringt, welche es ihr nicht erlaubt als neutraler Vermittler

im israelisch- palästinensischen Konflikt zu intervenieren. Langfristige Prognosen über die Ausrichtung der türkischen Politik fallen schwer, da sie, abhängig von den Rohstoffen der islamischen OPEC-Staaten, ihre Position in den vergangenen Jahrzehnten öfters gewechselt hat. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei würde diese Abhängigkeit und damit die pendelnde Orientierung zwischen der EU und den islamischen Staaten nicht notwendigerweise ändern. Diese Grundkonstellation wird sich auch nicht in den nächsten Jahren der Beitrittsverhandlungen ändern lassen.

Neben dem Argument, dass die ESVP durch eine EU-Mitgliedschaft der Türkei logischerweise an Bedeutung gewinnen würde, muss auch dem Argument widersprochen werden, die Türkei könne durch die Aufnahme in die EU als Brückenstaat oder Vorbild für europäische Interessen in den islamischen Raum dienen. Dies gilt umso mehr, als dass die sicherheitspolitischen Interessen der EU, wie sich im zweiten Hauptkapitel gezeigt hat, in vielen Bereichen noch gar nicht konzeptionell entwickelt sind.

5. Perspektiven europäischer Sicherheit

Schönbohm schreibt, dass „in der türkischen Politik [...] nichts sicher, wenig vorhersehbar und fast alles möglich“²³⁸ ist. Insofern sind auch schwer Perspektiven zu erarbeiten, es lassen sich jedoch aus der Analyse der Arbeit verschiedene Schlüsse ziehen. Weder die Rolle als Brücken- bzw. Modellstaat oder als starker ESVP-Partner kann die Türkei erfüllen. Stattdessen würde es eine Reihe von neuen Konfliktfeldern geben, mit denen sich die EU zwingend auseinandersetzen müsste. Die Türkei ist, anders etwa als die neuen Mitgliedsstaaten Osteuropas, ein militärisches und außenpolitisches Schwergewicht. Demzufolge kann eine deutliche Verlagerung und Intensivierung der GASP in die Politikgestaltung des Nahen Ostens erwartet werden. Damit wird die EU auch in die Lage versetzt, sich stärker mit den Problemen dort auseinanderzusetzen. Auf die meisten dieser innen- und außenpolitischen Probleme gibt es unterschiedliche oder aber gar keine gemeinsamen Präferenzen der EU-Mitglieder. Beispielhaft können etwa der Bereich der Wasserproblematik oder das „Great Game“ um die Energiesicherheit genannt

²³⁸ *Schönbohm*; 2000; S. 36.

werden, welche das Solana-Papier zwar allgemein aufgreift, aber inhaltlich in der EU bisher kaum thematisiert wurden.²³⁹

Der eingangs dargestellten Logik des EU-Kommissars *Verheugen* folgend, würden diese Schwachpunkte beim Beitritt der Türkei zwangsläufig gelöst werden. Mit Blick auf die Auseinandersetzung vor und während des Irak-Krieges zwischen den EU-Staaten lässt sich eine gewisse Naivität konstatieren. Wenn man das Interaktionsmodell komplexer Akteure von *Scharpf* unter diesen Bedingungen auf die GASP und ESVP überträgt, ist eine weitergehende erfolgreiche Integration in diesem Bereich schwer denkbar. Insofern ist auch das Argument der Beitrittsbefürworter, die EU werde durch Aufnahme der Türkei zum global player werden, unwahrscheinlich. Perspektivisch ist das Muddling-Through-Szenario von *Varwick* auch zukünftig als realistischste Option für die Weiterentwicklung der EU im sicherheitspolitischen Bereich anzusehen. Um diesen Bereich bei Aufnahme der Türkei auszubauen, wäre als Alternative nur eine institutionelle Veränderung innerhalb der EU, also die Bildung eines Kerneuropas, denkbar.

Bei einer Vollmitgliedschaft der Türkei drängen sich weitere Fragen auf, etwa inwiefern sich die EU in verschiedenen Bereichen wird lenken lassen. Bei einer Vollmitgliedschaft wird die Türkei institutionell in die Entscheidungsprozesse in Brüssel eingebunden. Es besteht die Frage, ob dadurch die innenpolitischen Probleme der Türkei kanalisiert werden können, oder aber eine Staatskrise in der Türkei auch eine Krise innerhalb der EU auslösen würde. Die EU würde in diesem Fall außen- und sicherheitspolitisch handlungsunfähig werden, sofern man heute von einer funktionierenden GASP sprechen kann.

Dies gilt umso mehr, als nicht einmal klar ist, ob die Ratifizierung der EU-Verfassung positiv verlaufen wird, die schon Grundstein für eine handlungsfähige Union für die nach der Osterweiterung entstandenen EU-25 sein sollte.

In diesem Sinne wären mit der Privilegierten Partnerschaft, sofern diese Abstriche bei der Integration in den Entscheidungsprozesse der EU vorsieht, Vorteile verbunden. Dies könnte auch Vorbild sein für Gedankenspiele, andere Nachbarstaaten dergestalt an die EU zu binden, ohne sie inhaltlich zu überfordern. Andererseits ist sicherlich für die Türkei ein Modell der GASP/ ESVP unbefriedigend, zu dem sie zwar diplomatisch oder militärisch beitragen soll, aber von deren

²³⁹ Müller fragt in einer SWP- Studie etwas provokativ: „Sicherheit der Energieversorgung- zu kompliziert für Europas Politiker?“, vgl. Müller; 2003.

politischen Entscheidungsprozessen sie ausgeschlossen ist. Eine Art der Zusammenarbeit wie in der WEU wäre überdenkenswert.

Wie die Kritiker *Teitelbaum* und *Martin* andeuten, „Turkey' s admission to the EU remains an attractive idea on the long term“²⁴⁰. Eine Anbindung verspricht dann einen Mehrwert zur NATO-Mitgliedschaft, wenn man unterstellt, dass sich die von den USA gelenkte NATO aufgrund des mangelnden Willens der Mitgliedstaaten überlebt hat. Im Rahmen der Privilegierten Partnerschaft könnte man auch über eine engere Anbindung der Türkei an die ESVP nachdenken. Eine Vollmitgliedschaft ist deshalb nicht notwendig.

Ein Blick auf die Dauer des Prozesses der wirtschaftlichen Integration lässt erahnen, dass es auch im Bereich der Sicherheitspolitik lange dauern dürfte bevor die Interessen von Brüssel aus implementiert werden. Dies gilt zum einen für die neuen östlichen EU- Mitglieder, aber vor allem auch für die militärischen Schwergewichte England und Frankreich. Die Aussage, dass „today' s world lacks a strong, united and peaceful Europe“²⁴¹ wiegt um so schwerer, als dass nicht absehbar ist wie sich der Verfassungsprozess entwickelt.

6. Fazit

Im Rahmen dieser Diplomarbeit wurde gezeigt, dass die Türkei innen- und außenpolitisch mit verschiedenen sicherheitspolitischen Konfliktfeldern behaftet ist. Bei einer EU- Vollmitgliedschaft besteht die Gefahr, dass diese Konflikte in die EU hineingetragen werden. Aufgrund der im Theorieteil erörterten möglichen Konsequenzen für die EU als Ganzes und für die GASP und ESVP im Speziellen, ist die Perspektive europäischer Sicherheit in diesem Fall nicht vorteilhaft.

Dies liegt aber nicht nur an der Türkei, sondern an der bisher nicht erfolgten Analyse der europäischen Staaten, wie sie sich inhaltlich zu den neu aufkommenden Fragen, positionieren wollen. Dabei hat diese Arbeit aufgedeckt, dass es eine Reihe von Themen gibt, derer sich die EU annehmen müsste, wie beispielsweise des Wasserkonflikts oder der Energiesicherheit. Die Frage, welche Gestalt das sicherheitspolitische Verhältnis der EU zur Türkei haben soll, gewinnt nur dann an Bedeutung, wenn die Union ihre sicherheitspolitische Rolle zunehmend mit globalem Anspruch versieht und diesen dann auch konzeptionell unterfüttert. Wenn die GASP

²⁴⁰ *Teitelbaum/ Martin*; 2003; S. 111.

²⁴¹ *Giscard D' Estaing*; 2002; S.186.

und ESVP inhaltlich keinen Perzeptionen und damit konkreten Zielen folgt, ist auch der Partner Türkei nicht in der Lage, europäische Interessen in diesem Bereich umzusetzen. Der sicherheitspolitische Bereich ist der wesentliche, den Türkei-Beitrittsbefürworter anführen. Er ist aber oberflächlich ausgelegt und seine reale Umsetzung hängt entscheidend von der weiteren Entwicklung der GASP bzw. ESVP ab. Während das assoziierte Mitglied Türkei im WEU-Assoziierungsabkommen noch Möglichkeiten hatte im Entscheidungsprozess mitzuwirken, so wurde dies bei der ESVP, als EU-interner Prozess, unmöglich. Eine Privilegierte Partnerschaft müsste also der Türkei die Möglichkeit bieten an Entscheidungen der ESVP teilzunehmen, was aber auch impliziert, dass die ESVP beteiligten Drittstaaten mehr Rechte zubilligt. Es muss *Rühl* zugestimmt werden, der schreibt, dass „eine Aufnahme der Türkei in die EU andere ausreichende Gründe haben muss - politische und ökonomische, soziale und zivilisatorische zum Vorteil der Türkei und Europas“²⁴².

Die beiden in dieser Arbeit widerlegten sicherheitspolitischen Hauptargumente der Beitrittsbefürworter sowie die sicherheitspolitischen Probleme der Türkei stellen keinen notwendigen Grund dar aus sicherheitspolitischen Erwägungen eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei anzustreben. Es besteht vielmehr die Gefahr, die sich gerade entwickelnde europäische Integration in den Bereichen GASP und ESVP zu überlasten und damit den Ordnungsfaktor EU insgesamt zu schwächen.

Der jüngste Irak- Krieg hat gezeigt, dass es im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik noch immer stark divergierende Präferenzen bezüglich ihrer politischen Ausrichtung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten gibt. Die Aufnahme der Türkei, mit einer Vielzahl von systemimmanenten und zumindest mittelfristig unlösbaren Konflikten, würde diese Unterschiede noch verstärken. Folge könnte nach dem Muddling-Through-Szeanrio von *Varwick* eine Renationalisierung von Kompetenzbereichen oder die verstärkte Zusammenarbeit in- oder außerhalb der Unions- Verträge zur Folge haben.

Langfristig wird die Union möglicherweise die Mentalität, die Mechanismen und die Mittel entwickeln, um ein effektiver internationaler Akteur zu werden und damit in der Konsequenz ein größeres Gewicht im Bereich der Sicherheitspolitik haben. Die Erweiterung der EU über den Bosphorus ist hierfür kein positiver Beitrag.

²⁴² *Rühl*; 2004; S. 22.

7. Literatur

Algieri, Franco; 2002; Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik; in: Kaiser, Karl/ Schwarz, Hans- Peter (Hrsg.); *Weltpolitik im neuen Jahrhundert*; Nomos-Verlagsgesellschaft; Bonn; S. 585- 601

Aybak, Tunç (Editor); 2001; Politics action and the legitimacy of the use of force - Remarks from a European perspective; Prepared for the CEPS of the Black Sea – Dynamics Of Cooperation and Conflict; I.B. Tauris Publishers; London • New York

Bagci, Hüseyin/ *Kardas*, Saban; 2003; Post- September 11 Impact: The Strategic Importance of Turkey Revisited; Middle East Technical University; CEPS/ IISS European Security Forum; Brussels; in: www.eusec.org/bagci.htm vom 01.07.2004

Barkey, Henri J.; 2003; Turkey's Strategic Future: A US Perspective; Lehigh University; CEPS/ IISS European Security Forum; Brussels; in: www.eusec.org/barkey.htm vom 01.07.2004

Bertram, Christoph; 2003; Europas's Best Interest: Staying Close to Number One; Internationale Politik und Gesellschaft der Friedrich- Ebert- Stiftung; Nr.1/2003; S. 61- 70

Bildt, Carl; 2003; Pre- emptive military / ISS European Security Forum in Brussels, 13.01.03; in: www.eusec.org/bildt.htm vom 1.07.2004

Buhbe, Matthes; 1998; Die Türkei und die Grenzen der europäischen Integration; *Politik und Gesellschaft* der Friedrich- Ebert- Stiftung; in: www.fes.de/ipg/ipg2_98/artbuhbe.html vom 6.07.2004

Brüning, Nicola/ *Krumrey*, Henning; 2004; SPD murt über Schröders Türkei Kurs; Focus- online; in: <http://focus.msn.de/hps/fol/newsausgabe/newsausgabe.htm?id=7368> vom 11.10.2004

CDU/ CSU; 2004; Privilegierte Partnerschaft- Die europäische Perspektive für die Türkei; Beschluss der Präsidien der CDU und der CSU am 7. März 2003; in: www.cdu.de/pdf/03_08_04-beschluss-tuerkei.pdf vom 12.10.2004

Cameron, Fraser; 2004; Europas neue Sicherheitsstrategie; Internationale Politik; 1/2004; Berlin; S. 39- 50

Cebeci, Münevver; 1999; A Delicate Process of Participation: The question of participation of WEU Associate Members in decision- making for EU- led Petersberg operations, with special reference to Turkey; ISS- Occasional Paper Nr. 10, in: www.iss-eu.org/occassion/occ10.html vom 10.11.2004

Celik, Omer; 2003; Turkey and the Fate of Political Islam; Abramowitz, Morton (Editor); *The United States and Turkey – Allies in need*; The Century Foundation Press; New York; S. 61- 84

Ceviköz, Ünal; 2001; Caucasus and Central Asia: Challenges and New Opportunities after Ten Years of Independence; in: NATO- Colloquium 2001; Economic Developments and Reforms in Cooperation Partner Countries– The interrelationship between regional economic cooperation security and stability; Brüssel; S. 249- 258

Cooper, Malcolm; 2002; The legacy of Atatürk: Turkish political structures and policy making; in: *International Affairs*; Vol. 78 No. 1; S. 115 - 128

ESS; 2003; A secure Europe in a better world - European Security Strategy; 12. Dezember; European Council; Brussels; in: <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/78367.pdf> vom 21.09.2004

European Parliament; 2002; Adoption of the report on the ' progress achieved in the implementation of the CFSP'; Strasbourg; in: Haine, Jean-Yves (Edit.); 2003; *From Laeken to Copenhagen- European defence core documents*; Institut for Security Studies; Chaillot paper 57; S. 118- 131

Europäische Kommission; 2004; Empfehlung zur Türkei und Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt; EU- Nachrichten / Dokumentation Nr.3; Berlin

Fischers Weltalmanach; 2004; Der Fischer Weltalmanach 2005- Zahlen, Daten, Fakten; Fischer Taschenbuch Verlag; Frankfurt am Main

Freitag-Wirminghaus, Rainer; 1998; Great Game am Kaspischen Meer; *Politik und Gesellschaft online/ International Politics and Society* der Friedrich Ebert Stiftung; 4/1998; in: www.fes.de/ipg/ipg4_98/artfreitag.html vom 06.07.2004

Gareis, Sven Bernhard/ *Klein*, Paul; 2003; Europas Sicherheits- und Verteidigungspolitik- Einstellungen und Meinungen in der deutschen Bevölkerung; Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr; SOWI-Arbeitspapier Nr.135; Strausberg

Giegerich, Bastian/ *Wallace*, William; 2004; Not Such a Soft Power: The External Deployment of European Forces; International Institute for Strategic Studies; *Survival*, Vol. 46, Nr.2; S. 163- 182

Gnesotto, Nicole; 2003; Preface- Terrorism, proliferation: a European threat assessment; Chaillot papers Nr. 58; Institute for Security Studies; Paris; S. 5-6

Gökay, Bülent; 2001; The Politics of Oil in the Black Sea Area: Turkey and Regional Power Rivalries; in: Aybak, Tunç (Editor); *Politics of the Black Sea – Dynamics Of Cooperation and Conflict*; I.B. Tauris Publishers; London • New York; S. 15- 30

Gumpel, Werner; 2004; Die Türkei zwischen den Konfliktstaaten; in: Leggewie, Claus (Hrsg.); *Die Türkei und Europa- Die Positionen*; Suhrkamp Verlag; Frankfurt am Main; S. 303- 316

Hagen, Ulrich vom; 2003; Militärische Multinationalität in Europa angesichts divergierender globaler Ordnungsvorstellungen, in: Gerhard Kümmel & Sabine Collmer (Hrsg.), *Soldat - Militär - Politik - Gesellschaft*, Baden-Baden, S. 169-183

Halbach, Uwe; 2003; Erdöl und Identität im Kaukasus; Friedrich- Ebert- Stiftung; aus: http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/IPG/IPG1_2003/ARTHALBACH.PDF vom 12.11.2004

Hertzig, Edmund; 2003; Iran in the Caucasus, Caspian and Central Asia: Lessons for the Western Strategy; in: Whitlock, Eugene (Hrsg.); *Iran and Its Neighbors: Diverging Views on a Strategic Region*; Stiftung Wissenschaft und Politik; Berlin; S. 23- 29

Herz, Dietmar/ *Steets*, Julia; 2001; Türkei; in: Bellers, Jürgen/ Benner, Thomas/ Gerke, Ines M.; *Handbuch der Außenpolitik*; Oldenburg Verlag München Wien; S. 271- 280

Hobsbawm, Eric; 2003; Das britische und amerikanische Reich im Vergleich; *Le Monde diplomatique*, Juni; S. 16- 17

International Institute for Strategic Studies; 2004; *Military Balance 2004*; London

International Finance Corporation; 2003; Baku- Tbilisi- Ceyhan Oil Pipeline Projekt; Washington; aus: www.ifc.org/ifcext/btc.nsf/Content/Home vom 08.06.2004

Isik, Haydar; 2004; Israel muss Farbe bekennen: Allianz gegen Kurden; HaGalil online; in: <http://www.nahost-politik.de/kurden/israel.htm> vom 12.11.2004

Kagan, Robert; 2003; *Of Paradise and Power - America and Europe in the New World Order*; Alfred A. Knopf Verlag; New York

Kagan, Robert; 1998; The Benevolent Empire; *Foreign Policy*, 111: Summer; S. 24- 35

Kennedy, Paul; 2001; *Aufstieg und Fall der großen Mächte – Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500- 2000*; Fischer Taschenbuch Verlag; Frankfurt am Main

Keyder, Caglar; 2004; Die Türkei zwischen Europa und Amerika; in: Leggewie, Claus (Hrsg.); *Die Türkei und Europa- Die Positionen*; Suhrkamp Verlag; Frankfurt am Main; S. 274- 290

Kramer, Heinz (1); 2004; Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union und die Türkei; *Integration*; 27 Jg./ Mai 2004; Nomos-Verlagsgesellschaft; Berlin; S. 44- 55

Kramer, Heinz (2); 2004; Demokratisierungsverständnis und Demokratisierungsprozesse in der Türkei; *Südosteuropa- Mitteilungen*; Nr.1; Jg. 44; S. 30- 43

Kramer, Heinz; 2004; Die Türkei nach dem Irakkrieg- Außen- und Innenpolitische Folgen; in: Leggewie, Claus (Hrsg.); Die Türkei und Europa- Die Positionen; Suhrkamp Verlag; Frankfurt am Main; S. 296- 302

Kramer, Heinz; 2003; EU- kompatibel oder nicht? – Zur Debatte um die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union; Stiftung Wissenschaft und Politik; Berlin

Krüger, Uwe; 2003; Der Poker um das Öl des Kaspisches Meer; Friedrich-Ebert-Stiftung- Politik und Gesellschaft Nr.4; S. 74- 94

Leggewie, Claus; 2004; Die Türkei in die Europäische Union? - Zu den Positionen einer Debatte; in: Leggewie, Claus (Hrsg.); Die Türkei und Europa- Die Positionen; Suhrkamp Verlag; Frankfurt am Main; S. 11- 18

Leggewie, Claus; 2004; Zwischen allen Stühlen?; in: Leggewie, Claus (Hrsg.); Die Türkei und Europa- Die Positionen; Suhrkamp Verlag; Frankfurt am Main; S. 267- 270

Liel, Alon; 2001; Turkey in the Middle East – Oil, Islam and Politics; Lynne Rienner Publishers; London

Link, Werner; 2000; Ordnungsentwürfe für Europa; in: Kaiser, Karl/ Schwarz, Hans- Peter (Hrsg.); Weltpolitik im neuen Jahrhundert; Nomos-Verlagsgesellschaft; Bonn; S. 559- 574

Mauil, Hanns W.; 2000; Welche Akteure beeinflussen die Weltpolitik; in: Kaiser, Karl/ Schwarz, Hans- Peter (Hrsg.); Weltpolitik im neuen Jahrhundert; Nomos-Verlagsgesellschaft; Bonn; S. 369- 382

Meyers, Reinhard; 2000; Theorien internationaler Kooperation und Verflechtung; in: Woyke, Wichard (Hrsg.); Handwörterbuch Internationale Politik; Leske+Budrich; Opladen; S. 416- 448

Moltke, Helmut von; 1979; Unter dem Halbmond - Erlebnisse in der alten Türkei 1835-1839; Tübingen und Basel; S. 122- 125

Müller, Friedemann; 2003; Sicherheit der Energieversorgung – Zu kompliziert für Europas Politiker?; Stiftung Wissenschaft und Politik; FG 10; Arbeitspapier Nr.11; Berlin

Müller, Harald (2); 2003; Terrorism, proliferation: a European threat assessment; Chaillot papers Nr. 58; Institute for Security Studies; Paris

Müller, Harald (1); 2000; Internationale Regime und ihr Beitrag zur Weltordnung; Kaiser, Karl/ Schwarz, Hans- Peter (Hrsg.); Weltpolitik im neuen Jahrhundert; Nomos-Verlagsgesellschaft; Bonn; S. 485- 473

Münkler, Herfried; 2003; Der neue Golfkrieg; Reinbek; Rowohlt Verlag; Berlin

Ministry of Foreign Affairs of Turkey; 2001; Turkey and the European Union – An overview; Ankara

Oxford Analytica (1); 2004; Syria: Kurdish protests reflect growing US pressure;
Oxford Analytica Daily Brief of the 13th April 2004;
in: www.oxweb.com/daily_briefprint.asp?NewsItemID=99118&Link=TRUE vom 18.06.2004

Oxford Analytica (2); 2004; Iraque: Neighbours may intervene if US plans fail;
Oxford Analytica Daily Brief of the 18th May 2004;
in: www.oxweb.com/daily_briefprint.asp?NewsItemID=99941&Link=TRUE vom 18.06.2004

Oxford Analytica (3); 2004; Turkey: South- east stability remains precarious;
Oxford Analytica Daily Brief of the 6h April 2004;
in: www.oxweb.com/daily_briefprint.asp?NewsItemID=98988&Link=TRUE vom 18.06.2004

Oxford Analytica (4); 2001; Israel/ Turkey: Strategic Ties;
Oxford Analytica Clumns of the 2nd August 2001;
in: www.oxweb.com/daily_briefprint.asp?NewsItemID=98988&Link=TRUE vom 18.06.2004

Oxford Analytica (5); 2004; Turkey: Education becomes a battleground again;
Oxford Analytica Single Summary of the 7th May 2004;
in: www.oxweb.com/display_summary.asp?NewsItemID=99731 vom 18.06.2004

Öymen, Onur; 2001; Turkish challenge – Turkey, Europe and the world towards the 21st century; Cambridge University Press

Öymen, Onur; 2001; Turkey and the new challenges to the European security; in: European Foreign Affairs Review No. 6; The Center for European Politics and Institutions; University of Leicester; S. 401- 405

Pflüger, Friedbert; 2004; Verschiebung des außenpolitischen Koordinatensystems- Zwischenbilanz der rot-grünen Außenpolitik in der 15. Wahlperiode; CDU/CSU- Bundestagsfraktion; Berlin

Rosen, Peter Stephen; 2002; The future of War and the American Military; Harvard Magazine, 104: 5; S. 29

Rouleau, Eric; 2000; Turkey's dream of democracy; in: Foreign Affairs; Vol. 79 No. 6; New York; S. 100-114

Rühl, Lothar; 2004; Sicherheitspartner Türkei- Geopolitik, Strategie und europäische Interessen; Strategische Analysen des Büros für Sicherheitspolitik; Wien

Seufert, Günter; 2004; Staat und Islam in der Türkei; SWP- Studie/ August 2004; Berlin

Scharpf, Fritz W; 2000; Interaktionsformen- Akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung; Leske + Budrich; Opladen

Südosteuropa Gesellschaft; 2004; Partner Türkei: Politik, Gesellschaft und EU- Perspektive; Bericht zur Konferenzreihe der Südosteuropa Gesellschaft; in: www.uta-zapf.de/files/73.pdf vom 12.11.2004

Schäuble, Wolfgang; 2004; Vollmitgliedschaft der Türkei würde die EU überfordern; in: Focus-money Nr. 44 vom 21.10.2004; S. 69

Schönbohm, Wulf E.; 2001; Politischer Islam in der Türkei; Konrad- Adenauer- Stiftung; in: www.kas.de/publikationen/2001/3789_dokument.html vom 06.07.2004

Schönbohm, Wulf E.; 2000; Die Türkei vor den Toren Europas; KAS- AI 8/ 00; S. 16- 36

Shaffer, Brenda; 2003; Iran's Role in the South Caucasus and Caspian Region: Diverging Views of the U.S. and Europe; in: Eugene (Hrsg.); Iran and Its Neighbors: Diverging Views on a Strategic Region; Stiftung Wissenschaft und Politik; Berlin; S. 17- 22

Teitelbaum, Michael S. / Martin, Philip L.; 2003; Is Turkey ready for Europe?; in: Foreign Affairs; Vol. 82 No. 3; New York; S. 97 - 111

Tocci, Natalie; 2003; Turkey's Strategic Future – Anchoring Turkey to Europe: the foreign policy challenges ahead; CEPS/IISS European Security Forum in Brussels, 12 May; in: www.eusec.org/tocci.htm vom 01.07.2004

Todd, Emanuel; 2002; Apres l' empire- Essai sur la d'ecomposition du systeme americain; Paris

Varwick, Johannes; 2004; The bigger the better? Konzeptionelle Konsequenzen der Erweiterung für die EU als internationaler Akteur; Sicherheit und Frieden (22.Jg) 2/2004; S. 62- 66

Verheugen, Günter; 2004; Das Kuschel- Europa ist von gestern - Ein Beitritt der Türkei würde die Europäische Union stärken und sie zum weltpolitischen Akteur machen; Die Zeit; in: <http://www.zeit.de/2004/42/Erbe> vom 07.10.2004

Vinci, Luigi; 2004; Instructions from the Army High Command in Turkey; Written question to the Council of the European Union; E-0979/04

Wagener, Martin; 2004; In der Sinnkrise: Operation `Tantalus'; `Das Parlament' vom 27.09.2004; S. 3

Wessels, Wolfgang; 2000; Die Europäische Union als Ordnungsfaktor; in: Kaiser, Karl/ Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.); Weltpolitik im neuen Jahrhundert; Nomos-Verlagsgesellschaft; Bonn; S. 575- 590

Wehler, Hans- Ulrich; 2004; Verblendetes Harakiri – Der Türkei- Beitritt zerstört die EU; Aus Politik und Zeitgeschichte des Bundesinstituts für Politische Bildung; B 33/34; Bonn; S. 6- 8

Whitehouse NSS; 2002; National Security Strategy; in: <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf> vom 11.11.2004

Winkler, Heinrich August; 2004; Selbstzerstörung durch Überdehnung – Die EU und die Türkei dürfen einander nicht überfordern; Dossier der Bundeszentrale für Politische Bildung; in: http://www.bpb.de/themen/571FU3,,0,Selbstzerst%F6rung_durch_%DCberdehnung.html vom 3.10.2004

Wittebrood, Cees; 2001; Caucasus and Central Asia: The Eurasian Region – Towards a More Comprehensive EU Policy; in: NATO- Colloquium 2001; Economic Developments and Reforms in Cooperation Partner Countries – The interrelationship between regional economic cooperation security and stability; Brüssel; S. 295- 266

Zapf, Uta/ *Schwall-Düren*, Angelica/ *Erlor*, Gernot; 2004; Die Türkei und die EU- Beitrittsperspektive; in: www.uta-zapf.de/files/51.pdf vom 13.11.2004

Vorträge:

Annan, Kofi; 1999; Die Rolle Europas in der Welt des 21. Jahrhunderts- Die 'Berliner Rede' des Generalsekretärs der Vereinten Nationen; Berlin; Vereinte Nationen 3/1999

Giscard D' Estaing, Valéry; 2002; Introductory speech by the chairman of the European Convention; Brussels; in: Haine, Jean-Yves (Edit.); 2003; From Laeken to Copenhagen- European defence core documents; Institut for Security Studies; Chaillot paper 57; S. 184- 192

Ceviköz, Ünal; 2002; Relations between Turkey and the States in the Southern Caucasus after 1991- Current issues and opportunities; Conference of the Turkish Embassy in London; in: Conference Proceedings / Turkish Embassy London; S. 16- 23

Fischer, Josef; 2004; Reden zur Einigung auf einen Europäische Verfassung; Protokoll zur 119. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 2.Juli 2004; Berlin; in: <http://dip.bundestag.de/btp/15/15119.pdf> vom 21.09.2004

Haktamir, Korkmatz; 2002; Welcoming Remarks to the Conference; in: Conference Proceedings/ Turkish Embassy; London; S. 1- 3

Sen, Faruk; 2004; Ist Europa bereit für die Türkei?; Parlamentarischer Abend der Bundestagsfraktion der SPD/ Grünen am 20.10.2004; Berlin

Sezer, Duygu B.; 2002; What future for the newly independent southern Cucasus? Three visions, three futures; Conference of the Turkish Embassy in London; in: Conference Proceedings/ Turkish Embassy; London; S. 7- 15

Solana, Javier; 2002; Speech by the High Representative for the CFSP; Washington; in: Haine, Jean-Yves (Edit.); 2003; From Laeken to Copenhagen- European defence core documents; Institut for Security Studies; Chaillot paper 57; S. 62- 64

Solana, Javier; 2002; CSSP: The State of the Union; Paris; in: Haine, Jean-Yves (Edit.); 2003; From Laeken to Copenhagen- European defence core documents; Institut for Security Studies; Chaillot paper 57; S. 104- 111

Verhofstadt, Guy; 2002; Letter from Guy Verhofstadt; in: Haine, Jean-Yves (Edit.); 2003; From Laeken to Copenhagen- European defence core documents; Institut for Security Studies; Chaillot paper 57; S. 112- 114

Hintergrundgespräche:

Kramer, Heinz; Forschungsgruppenleiter der Forschungsgruppe „EU-Außenbeziehungen“ an der Stiftung Wissenschaft und Politik; Berlin; am 12.09.2004

Maurer, Andreas; Forschungsgruppenleiter der Forschungsgruppe „EU-Integration“ an der Stiftung Wissenschaft und Politik; Berlin; am 28.10.2004

8. Anhang

(1) Karte aus: Fischers Weltatmanach 2005; 2004; S. 59.

